

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 44. Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis 1,50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 30. Oktober 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (Der Betrag ist
stets vorher einzulösen.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

Die Bleiweißfrage.

Mit obigem Thema befaßte sich am 13. Oktober eine Konferenz der Handelskammer in Berlin, zu der auch zwei Vertreter der Arbeitnehmer im Malergewerbe eingeladen waren. Die Veranlassung dieser Konferenz geschah durch die Eingabe des Vorstandes resp. der Generalversammlung der Ortsklasse der Maler Berlins an das Ministerium für Handel und Gewerbe, die Bleiweißverwendung bei zu vergebenden Arbeiten zu verbieten. (In Nr. 39 des „Vereins-Anz.“ ist die Eingabe abgedruckt unter dem Titel „Verbot der Bleiweißverwendung bei der städtischen Hochbau-Deputation in Berlin“.) Die Einladung zur Entsendung von zwei Delegierten richtete sich wohl aus diesem Grunde an den Vorstand der Ortskrankenkasse und leisteten der Mandant der Klasse, Kollege Buschold und das Vorstandsmitglied Wendel derselben Folge. An dieser Sitzung nahmen u. a. auch teil der Obermeister der Berliner Malerinnung und Stadtverordneter Herr Kettig, Vorstandsmitglied der Innung Herr Stappstein, Herr Kruse als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, Kommerzienrat Chemiker Behringer, Heuer vom Verband der Kausgeschäfte usw. Die Aussprache drehte sich um die Frage, ob das Bleiweiß vollwertig ersetzt werden kann. Es haben also alle unsere bisherigen Erhebungen, die statistischen Aufnahmen über die Erkrankungs- und Sterbefälle, die auf die Bleivergiftung zurückzuführen sind, noch nicht gefruchtet; denn die zu stellende Frage hat zu lauten: „Sind die Verheerungen, die das Bleiweiß an Gesundheit und Leben unserer Berufsgenossen anrichtet, derartige, daß dieses giftige Material aus dem Arbeitsgebrauch auszuschneiden hat?“

Als erster Redner trat Herr Kettig auf und erklärte als Obermeister frank und frei die absolute Ungesundheitlichkeit des Bleiweißes! Welche Kühne Behauptung! Bei sechzehn Firmen, den größten, sei angefragt worden, wieviel Fälle von Bleivergiftung in ihren Betrieben vorgekommen seien; sämtliche Firmen hätten geantwortet, daß kein einziger Fall vorläge!!! Es gibt wohl kaum eine nähere Art der Feststellung von Bleierkrankungen, wie die eben erwähnte. Es scheint, als ob der Herr Obermeister noch gar keinen Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse zu Gesicht bekommen hat. Wenn man auf solchen Konferenzen das Wort nimmt, kann man wohl billigerweise verlangen, daß der Betreffende wenigstens etwas sich mit Material versteht, das auch ernst zu nehmen ist. Ferner meint Herr Kettig, daß nur die Unsauberkeit der Gehilfen, das Rauchen während der Arbeit usw., die Ursachen der Erkrankung bilden. Die Bundesratsverordnung sei in allen Betrieben durchgeführt (!), sie werde aber von den Arbeitnehmern nicht beachtet. Dieselben scheuten sich, sie seien zu bequem, reines Wasser zum Reinigen zu holen; oder sollten etwa auch die Meister noch daselbe holen? Er habe in seinem Leben noch nie die Bleikolik gehabt und habe sich als Gehilfe ganz wohl befunden und mit großem Appetit zum Frühstück sein „Schnäpschen“ getrunken. Er lege auf die ärztlichen Gutachten gar kein Gewicht; auch auf die der Krankenhäuser nicht; komme ein Maler zum Arzt, heiße es doch gleich, er habe die Bleikolik. Jedesmal, wenn ein neues Erzeugnis auf dem Markt erscheine, setze von neuem die Bewegung um Abschaffung des Bleiweißes ein, bloß um Klatsche für das neue Produkt zu machen. Die Meister hätten gar kein Interesse am Bleiweiß; ihnen sei es ganz „egal“, ob es verarbeitet werde oder nicht. Aber leider wäre noch kein genügendes Ersatzmittel vorhanden. — Dies ist nun die ganze Weisheit des Berliner Maler-Obermeisters über die so überaus ernste Bleiweißfrage! Herr Stappstein bewegte sich in denselben Gedankengängen und behauptete, daß man z. B. nur mit Bleiweiß einen festen harten Grund schaffen, auf dem man beim Holzmalen mit Stahlkammern arbeiten könne, ohne einzulösen. Chemiker Behringer trat den Neußerungen von Kettig entgegen, indem er die außerordentliche Giftigkeit des Bleiweißes feststellte. Für Außenanstrich sei jedoch das

Bleiweiß noch nicht zu ersetzen; Lithopone sei gar nicht in Frage zu ziehen. Auch die anderen Herren saßen das Loblied des Bleiweißes und hielten ein striktes Verbot nicht für angängig. Herr Heuer, der Vorsitzende des Verbandes der Kausgeschäfte, wünscht eine mögliche Beschränkung der Verarbeitung von Bleiweiß in Innenarbeiten. Natürlich hält auch er das Bleiweiß nicht für ersetzbar. Kollege Buschold trat mit gutem Material für das Verbot ein. Seine Ausführungen waren ungefähr folgende: Nicht erst seit 1902 mit dem Auftreten der sogenannten Erbsenstoffe wird der Kampf gegen die Bleigefahr von den Arbeitern geführt, wie Kettig behauptet, sondern schon seit verschiedenen Jahrzehnten. So versuchte z. B. Stadt-Syndikus Ebert schon vor mindestens 20 Jahren durch verschiedene Maßnahmen eine Eindämmung der Bleivergiftungen herbeizuführen, sowie auch Geheimrat Dr. Sprenger schon seit mehr als 15 Jahren die Gefährlichkeit des Bleiweißes nicht allein erkannt, sondern auch festgestellt und seit dieser Zeit unermüdet dazu beigetragen hat, auf die schweren Folgen der Bleivergiftungen aufmerksam zu machen. Daß bei der Diagnosenstellung es einmal vorkommt, wenn ein Arzt einen Fall nicht richtig diagnostiziert, und wie der Obermeister erzählt, daß bei einem Lehrling, welcher nicht bleikrank sein sollte, der Arzt den Lehrling mit den Worten: „Ach, halt's Maul, Du hast die Bleikolik!“ abgefertigt haben soll, beweist doch absolut gar nichts; man könnte Duzende von Fällen antlich vorführen lassen, wo die Diagnose stets auf Influenza, Lungentuberkulose usw. lautete und doch sich später herausstellte, daß die Patienten bleikrank waren. Ja selbst Fälle wie z. B. „Luës“ (Syphilis) wurden diagnostiziert und doch handelte es sich hier, wie nachher vom Krankenhause antlich festgestellt wurde, um die Haupterscheinung der Krankheit „Chronische Bleivergiftung“. Das Ansehen der Ärzte, wie zum Beispiel die Autoritäten Prof. Dr. Sternberg, Dr. Teleki, Dr. Kaup ist wohl so groß, daß man dieselben gegen den Vorwurf, es werden nur Gefälligkeitsdiagnosen konstatiert, nicht weiter zu verteidigen braucht. Diese Vorwürfe richten sich von selbst. Kollege Buschold stellte dann in seinen weiteren Ausführungen fest, daß die städtischen Krankenhäuser von Groß-Berlin augenblicklich auf hoher Stufe der Entwicklung stehen, in ärztlicher Behandlung speziell hervorragendes leisten und in bezug der Diagnosenstellung als ganz einwandfrei zu bezeichnen sind. Die Angaben des Obermeisters und der Herren Arbeitgeber, sie seien nun schon 30 bis 40 Jahre im Berufe tätig, haben täglich viel mit Bleiweiß zu arbeiten und seien noch nie bleikrank gewesen, bezweifeln wir keinen Augenblick; nur bezweifeln wir die daraus gezogene falsche Folgerung, es existieren keine Bleivergiftungen. Dieselben falschen Ansichten hatten auch zwei Arbeitgeber des Vorstandes unserer Klasse. Die verstorbenen Herren Rieß und Kooß bezweifelten auch die Krankheit „Blei-Vergiftung“ und — ihre Söhne mußten elendiglich daran zugrunde gehen! —

Buschold wendet sich dann entschieden gegen die Angaben des Obermeisters, daß durch Auftragen bei 16 Firmen festgestellt sei, daß in diesen Betrieben überhaupt keine Bleivergiftungen zu verzeichnen seien, die Herren Arbeitgeber diese Krankheit gar nicht einmal kennen! Wenn zum Beispiel bei der Firma Bodenstein die Herren Gebr. Senf erklärt haben, in ihrem Betriebe ist überhaupt noch nie eine Bleivergiftung zu ihrer Kenntnis gekommen oder konstatiert worden, so kann man ja glauben, daß die Herren bei ihrer Antwort bona fide handelten, aber welcher Arbeitgeber kümmert sich wohl bei der Erkrankung eines seiner Gehilfen nach der Art seiner Krankheit. Es wäre uns ein Leichtes gewesen, zu beweisen, wieviel Erkrankungsfälle an Bleivergiftung auf das Konto dieser Firma zu setzen wären, hätten wir vorher diese Auskunft der Firma gewünscht. Redner geht sodann auf die Frage ein, warum hauptsächlich in Berlin die Häufigkeit der Bleivergiftung zu verzeichnen ist, dagegen in anderen Orten wenig oder gar nicht. Dieselben Erscheinungen wie in Berlin sind auch in Wien zu be-

obachten, speziell wohl deshalb, weil dort wie hier der Beruf in einer Berufsklasse gegen Krankheit versichert ist. Die Wiener Verhältnisse haben noch außerdem den Vorzug, daß die Krankenkasse gesetzlich verpflichtet ist, eine Diagnosenstellung den Behörden zu geben. Man kommt noch in Betracht, daß die Wiener hervorragenden Sozialpolitiker und Ärzte, wie Prof. Dr. Sternberg, Dr. Teleki, Dr. Kaup sich für die Bekämpfung der Bleigefahr lebhaft interessieren und der dortigen Klasse jeder Zeit zur Verfügung und mit ihrem Rat zur Seite stehen. Anders liegen schon die Verhältnisse hier in Berlin; wir haben daher auch noch nicht so viel Fälle von Bleivergiftung zu verzeichnen haben. Der Grund liegt hier eben nicht allein an dem Arztsystem, sondern hauptsächlich an der Zersplitterung der Klassen, dem vielen Wechseln der Arbeitsstellen nach den Vororten, aber auch an dem Interesse, welches die Herren Klassenbeamten dieser Frage entgegen bringen. Gerade wie nicht alle Ärzte — im Gegensatz zu den Wienern — sich immer für die Frage der Bekämpfung der Bleigefahr interessieren, so zeigen auch sehr wenig Klassenbeamte leider kein Verständnis für diese Sache. Gesetzlich kann kein Zwang ausgeübt werden; deshalb ist man ab und zu nur auf den guten Willen dieser Herren angewiesen.

Was nun die Frage des Verbotes für Innenanstrich betrifft, so weist Buschold auf die Verhandlungen in Wien unter Vorsitz des k. k. Sektionschefs im arbeitsstatistischen Amt, Dr. Viktor Matzka, hin, in welcher sich alle Experten für ein Verbot des Bleiweißes für Innenanstrich ausgesprochen haben. Unter anderen erklärte Experte (Sachverständiger) Maria Ode Weigl, Vertreter der Arbeitgeber für das Maler- und Anstreicherfach in Wien, daß im Hinblick auf die Gesundheit der Arbeiter für Innenanstriche das Bleiweiß überhaupt verboten werden sollte, zumal es sehr gut durch Zinkweiß ersetzt werden könne.

Dr. Clauser-Salzburg stellt fest, daß als Ersatz für Bleiweiß Lithopone und Zinkweiß mit Zusätzen von Metallseifen (sogenannte Tonerde-Seifen) auch die besten Erfolge für Außenanstriche erzielt wurden.

Direktor Stelzl-Peterswalde weist hin, daß Zinkweiß auf der gleichen Stufe wie Bleiweiß steht; Beweis: die bedeutenden österreichischen Werke, wie z. B. das Stabiliment, das Seearsenal, die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, wo fast ausschließlich bei Innen- sowohl als auch Außenanstrich Zinkweiß Verwendung findet. Farbensabrikant Andes, Wien, kann nur aus eigener Erfahrung feststellen, daß mit Zinkweiß ebenso gute Resultate erzielt worden sind, wie mit Bleiweiß.

In Wiener Anstreicherbetrieben fanden 1903: 22,5 Prozent Bleiweiß, 62 Prozent Zinkweiß, 15,5 Proz. Lithopone Verwendung.

Im Jahre 1904/05: 23 Proz. Bleiweiß, 62 Proz. Zinkweiß, 15 Proz. Lithopone.

Dagegen lautet der Bericht der Handelskammer in Düsseldorf 1903: 43 Proz. Bleiweiß, 40 Proz. Zinkweiß, 17 Proz. Lithopone für Innenanstrich; 80 Proz. Bleiweiß, 20 Proz. andere Farben für Außenanstrich. Zum Schluß weist Buschold den verfertigten Anwurf eines Herrn Klinge mit Entrüstung zurück, wir ließen uns von den Fabrikanten der Ersatzmittel beeinflussen in dem Kampf gegen die Bleigefahr.

Auch Kollege Wendel bezweifelt, daß durch irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen und Verordnungen der Größe der Bleivergiftungen in unserem Gewerbe Einhalt geboten werden kann und fordert von den maßgebenden Behörden, endlich das Verbot der Verarbeitung von Bleiweiß aufzunehmen. Es handelt sich um Gesundheit und Leben einer großen Berufsgruppe, welche zu schützen ist gegen die verheerenden Folgen der Bleierkrankung. Die etwaigen Nachteile, welche ein Verbot für gewisse Kreise mit sich bringt, dürfen nicht ausschlaggebend sein. Wendel ist der Ansicht, daß wir vollwertigen Ersatz für Bleiweiß haben. Die Ausstellung der Materialprüfungs-Kommission

in München auf der Ausstellung bemalter Wohnräume hat in ihren Proben die vollständige Ueberflüssigkeit des Bleiweißes bewiesen. Die Gefährlichkeit bei der Verarbeitung wird noch dadurch erhöht, daß man jetzt mit den Benzin- und Petroleumerzmitteln für Terpentin das Bleiweiß auf Grund seiner Deckkraft dermaßen verdünnt, daß die Farben beim Streichen sich ganz bedeutend versprizen. Nicht zu vergessen ist die unvernünftig rasche Arbeitsmethode, welche dem Arbeiter nicht die Zeit läßt, auf sich zu achten. Mit Staunen muß man vom Obermeister hören, daß das Bleiweiß nicht gefährlich und daß vor allen Dingen die Bundesratsverordnung in allen Betrieben durchgeführt sei! Schon ein Jahr nach Inkrafttreten derselben mußten wir konstatieren auf Grund einer sorgfältigen Statistik, daß die Arbeitgeber sich den Teufel um die Vorschriften kümmern. Fortwährend laufen die Klagen über das vollständige Außerachtlassen jeder Schutzbestimmung auf den mitunter von Schmutz starrenden Arbeitsstellen ein. Es ist allerdings sehr bequem, die Schuld der Erkrankung einfach auf die Arbeiter zu schieben. Wie viele Berufsgenossen haben sich schon beim Arbeitgeber „unbequem“ gemacht, weil sie auf Innehaltung der Vorschriften drangen; wie viele schwiengen leider, um sich nicht der Gefahr der Entlassung auszuweichen. Am meisten sind die ungelerten Arbeiter wohl der Bleivergiftung durch ihre Unkenntnis ausgelegt, jene Kategorie, welche man so gerne einstellt, weil sie ja billiger arbeiten!

Man kann nach allen diesen Erfahrungen unmöglich daran glauben, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrzahl ernstlich beabsichtigen, die Bundesratsverordnung, welche die Gesundheit des Arbeiters einigermaßen schützen will, durchzuführen. Hier kann nur ein striktes Verbot Wandel schaffen. Zum Schluß macht Wendel noch darauf aufmerksam, daß die Eingabe einstimmig, das heißt Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Klasse angenommen ist. Es befinden sich also Herr Rettig und Stappstein im Widerspruch mit seinen Kollegen, welche die Gefährlichkeit des Bleiweißes vollständig würdigen und auch dessen Ersatz für möglich halten. Herr Kruse betonte, daß für ihn die Bleiweißfrage eine Wagenfrage sei; wenn sich der Arbeiter genügend und ausreichend ernähre, sei auch der Körper bedeutend widerstandsfähiger gegen giftige Einflüsse. Er erkannte an, daß die Organisation der Gehilfenschaft unter ihren Mitgliedern stets für die Aufklärung in bezug auf die Innehaltung der Verordnung tätig ist.

Am Schluß der Verhandlung, die nur eine Aussprache sein sollte und keine Beschlüsse zu fassen hatte, wurde allgemein den Ausführungen des Vorsitzenden der Konferenz zugestimmt, die Bestimmungen des Merkblattes „Lapidarer“ (kürzer, klarer) zu fassen, daselbe noch einmal durchzuberaten, um es vielleicht noch praktischer zu gestalten.

Ferner soll es analog der Unfallverhütungsvorschriften auf den Arbeitsstellen aushängen und auch das Publikum soll von Zeit zu Zeit in der Presse darüber belehrt und aufgeklärt werden. — W. W. —

Gleichgültig ob Innung oder Arbeitgeberverband.

Der kurzen Maienblüte gegen Mitte der neunziger Jahre vorigen Jahrhunderts, in der die alten Innungen aufzublühen sollten, ist schnell ein herbstlicher Neiß gefolgt. Die hohen Träume all der sonderbaren Leute, die da meinten, ein Gesetz könnte alle verfloßene Zeiten wieder zurückbringen, sind verflüchtigt. Und so steht man denn mitten in einer kräftigen Reaktion gegen die damalige Art der Handwerksbetriebe, geführt nicht etwa von den nun einmal übelwollenden organisierten Gehilfen, sondern von den eigenen zünftigen Handwerksgeossen. Man befreit mit Hochdruck die Anschaffung eines neuen, darum besseren Besens; natürlich, nicht ohne dadurch einige Reibungen zu erzeugen. Denn wer steht gern ruhig zu, wenn am Marke seiner eigenen, wenn auch nicht recht lebensfähigen Schöpfung übelwollende Kräfte nagen.

Die Arbeitgeberverbände sind es, die die Innungen beseitigen oder wenigstens zu bloßen Zutreibern und Agitationsauschüssen dieser Verbände herabwürdigen möchten. Dabei geht man möglichst freundschaftlich zu Werke, damit man sie bei passenden Gelegenheiten auch noch anborgern oder auf direktem Wege ausbeuteln kann. Da die Arbeitgeberverbände — besonders auch in unheimlichen Verufen — noch neu, demnach wenig ausprobiert sind, viel versprechen und noch mehr renommieren, besthen sie zunächst etwas Zulauf, zum Ergötzen der neuen und zum Geldwesen der alten Propheten: „Alles neue hegegeistert und was besteht verliert an Interesse!“ (Ehrenvorsitzender Schulz am 10. Sept. 1908 auf dem Obermeistertag in Leipzig.)

Es lohnt zu hören, was die reinen Arbeitgeberverbände denn eigentlich an den Innungen auszufehen haben. Diese sollen nämlich bei der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder versagen, zumal gegenüber den Behörden. Weil man diesen am folgenden Tage meist wieder als Unternehmer gegenübersteht, wolle man sich nicht „die Finger verbrennen“. Darum sind auch durchreisende Ersole hinsichtlich der Arbeitsverge-

bung bei Submissionen nicht erzielt worden. „Der Willigte, der nicht rechnen kann oder Geld zusehen will, um sich einzuführen“, bekomme nach wie vor die Arbeit und sei was zu verdienen, werde die Arbeit nach auswärts vergeben. Auch gegen Preisringe der Lieferanten bieten angeblich die Innungen kein Gegengewicht, weil Strafen nicht zu erzwingen und beschlossene Verabredungen leicht zu umgehen sind. Ueberhaupt soll es mit der „Pflge des Gemeingeistes“, mit der „Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre“, wie auch mit dem Solidaritätsgefühl böß aussehen.

Das soll — besonders bei Zwangsinnungen — das einst jubelnd begrüßte, jetzt respektlos verwünschte Gesetz von 1897 mit seinem Verbot der Festsetzung bestimmter Preise für Waren oder Leistungen auf dem Gewissen haben. Schädlich sei auch, „daß die Gehilfen nicht zur Besteuerung (Beitragszahlung an die Innungen) herangezogen werden dürfen“, erklärte in ihrer kindlichen Naivität Ende vorigen Jahres die „Südd. Malerzgt.“ Auch auf genossenschaftlichem Gebiet sollen die Innungen nichts geleistet haben. An alledem soll besonders die die Innungen bevormundende Gesetzgebung schuld sein. Fernlingsweisen und Fachschulen sollen verdienstlich gepflegt worden sein, trotzdem nach allgemeinem Urteil auch hier vieles im argen liegt.

Und wie steht es mit den Innungen als Schutzwall gegen die erstarrte Gehilfenorganisation, die (nach der „Südd. Malerzgt.“) „ihre Macht dazu mißbraucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig zu diktiert“, wodurch „erfreulicherweise den Arbeitgebern die Einsicht gekommen ist, daß gegenüber den Machtgelüsten der sozialdemokratischen Gewerkschaft ein fester Zusammenschluß aller Arbeitgeber eine absolute Notwendigkeit ist?“

Nach dieser Richtung hin sollen die Innungen alles verlottert haben; Beweis: der entstandene Arbeitgeberverband und die dadurch hingenommene doppelte Beitragslast.

Auch hier wieder war es das verpönte Gesetz, das es verbietet, daß eine Innung sich besonders ausbreiten kann, wodurch der zentralisierte Gehilfenverband im Vorteil ist. Ferner konnte besonders bei den „vom Baune gebrochenen Streiks“ nicht jeder beliebig aufgenommen oder ausgeschlossen werden. Besonders die großen kapitalkräftigen, an Gehilfen reichen Aktiengesellschaften und Genossenschaften gingen abwärts und ließen die Kleinmeister sich elendiglich abdrücken. Bei der Abstimmung nach Stößen würden die Großmeister durch die kleinen an die Wand gedrückt und terrorisiert, dem natürlich der Arbeitgeberverband durch Abstimmung nach dem Geldbeutel (Lohnsumme) abgeholfen hat. Auch kann man in den Innungen Meister, die etwa einsichtigerweise Forderungen der Gehilfen bewilligten, nicht ausschließen oder fernhalten, ihnen nicht die Materialien sperren und sie auch sonst angeblich nicht zur Rechenschaft ziehen. Außerdem versucht man den Innungen überhaupt das Recht abzustreiten, Lohnstreikigkeiten nach moderner Art zu regeln. Wohl solle ein gedeilliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen gefördert und das Herbergs- und Arbeitsnachweiseswesen geregelt werden, jedoch nur auf Kosten der Innungen, damit die Gehilfenorganisation ihr Geld für Streiks reservieren könne, während die Innung — o bu verrückte Ordnung der Dinge! — an anderen Orten wegen Streiks Abgereiste mit dem Innungsgeschenk (seligen Gedanken) unterstützen müßte.

Und nun erst der Gesellenauschluß! Die Arbeiter, fast alle organisiert, erkennen nur ihren Gewerkschaftsführer an. „Und wo sie scheinbar oder gezwungen durch den Gesellenauschluß verhandeln lassen, steckt doch die Gewerkschaft dahinter, die in Wahrheit die Verhandlung führt.“ Deshalb verhandeln auch heute schon die meisten Innungen, trotz entgegenstehender gesetzlicher Zwangsmaßnahmen, direkt mit der Gewerkschaft. Natürlich lähen in solchen Fällen die Verträge auch danach aus, denn auch der letzte Innungsmeister wird von der Minute seines Beitritts in den Arbeitgeberverband an der reinste Ausbund von Piffikus; er schießt, nachdem ihm so die Geistesstrahlen seiner erleuchteten großen Führer zugänglich geworden sind, von Minute an gar keine Böcke mehr, vor denen er und seine Mit-Innungsbrüder sich bisher nicht zu retten wußten, — was oben schon zitiertes Herr Schulz auf erwähntem Obermeistertag allerdings bezweifelte, indem er erklärte: „Man solle nicht vergessen, daß unsere Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder meist aus den Innungen ziehen. Ich sehe nicht ein, wenn man ein andres Schild heraushängt, daß wir nun mit einem Male Fortschrittler sind.“

Fortgesetzt von der zentralen Gewerkschaft über-rumpelt, sprangen den Innungen immer die Mitglieder bei Lohnkämpfen aus, während die Gehilfen von den gestern noch als Gehilfen tätigen, heute der Innung beigetretenen Meistern vom allem unterrichtet wurden. Garantie für Einhaltung der Tarife gab es auch nicht, zumal die Innung keinen reinen Arbeitgebernachweis errichten dürfte. (!) Und da die Aufsichtsbehörden bei „Neumodelungen“ der Innungshabiten der Arbeitgeberverbände erst die Zustimmung geben müßten, seien die Innungen zu ewiger Untätigkeit verdammt: der Gehilfenschaft zum Heil. „Nirgends demnach ein Ausweg, von keiner Seite Hilfe! Die Innung ist also nicht imstande, die Lohnfrage aufzulebenstellend (soll wohl heißen: Lohn-

kürzend) zu regeln“, so rüst darum resigniert die „Südd. Malerzgt.“ „Die Innung“, so heißt es weiter, „mit ihrem schwerfälligen Apparat genügt den Anforderungen der Neuzeit in keiner Weise: weder kann sie die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder schützen, noch kann sie der modernen Arbeiterbewegung Rechnung tragen. Die Hauptschuld tragen die gesetzlichen Fesseln, die die Innung nicht zu sprengen vermag. Ringsum Feinde!“ Schrecklich! „Wie kann man sich deren erwehren?“

Natürlich ist gegen die „terroristischen Machtgelüste der sozialistischen Gewerkschaft“ mit ihren „politischen Agitatoren“ ein fester Zusammenschluß aller Meister nötig. Streik, Boykott, Ca Cannh (!), Sabotage (!) sind zum Selbstzweck (!) geworden, da können die so friedfertigen Innungen mit ihren verrotteten Arbeitern kein gedeilliches Verhältnis erzielen.

Da gibt es nur eins: den Arbeitgeberverband, der alles kann. Schon agitieren seit langem eine Reihe Innungen „im Gefühl ihrer eigenen Ohnmacht“ für ihn. Sie sehen, wie die Gehilfen von heute in der Arbeit hauptsächlich nur eine Geldquelle erblicken, während früher die Gehilfen (jetigen Meister wahrscheinlich) nur arbeiteten der Arbeit willen. Früher jahen die Gehilfen im Meister den „Brotherrn“, heute — heiliger Nikolaus hilf! — den Rivalen, den Ausbeuter. Auf den Aussterbeetat soll die ganze Meisterschaft und Einfluß heischen darum die Gehilfen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Minimallohn, Garantie des Lohnes bei Akkordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Ueberstunden, das sind die verwegenen Ziele der sozialdemokratischen Gewerkschaft behuß Einführung des Zukunftstaates, gleichgültig, ob damit der sittliche Wert der Arbeiter gehoben wird, oder ob die Mittel „sittlich und gut sind, durch die sie erstrebt werden. Denn obschon die Meister dieselben Mittel anwenden (kürzlich sind die Mitglieder des Hauptvorstandes des Arbeitgeberverbandes wegen Boykotts gerichtlich bestraft worden), ist es nach Schönsteht bekanntlich zweierlei, wenn zwei dasselbe tun. Zudem ist die Arbeitsleistung der Gehilfen nach Meinung der Meister, die aber in diesem Falle ganz gewiß verkehrt ist, qualitativ und quantitativ zurückgegangen. Anstatt bei kürzerer Arbeitszeit so viel zu leisten als bei langer, wird weniger gearbeitet, aber mehr verdient.

Ja, wollten die Gehilfen nur die Löhne der Lächligsten erhöhen, oder „in der Unwirtschaft auf die sozial höher stehende Stelle eines Vorarbeiters oder Werkführers ihr Ziel sehen“ und wie „andre Berufsstände (welche?), wenn ihre Einkommen nicht ausreichen, ihre Arbeitszeit verlängern!“ Dabei streifen die verderbten Gehilfen nicht etwa im Winter, nein, sie tun das — schändlich aber wahr — wenn die Arbeit am besten geht. „Mühsam, Heuchelei, Ausbeutung von Zwangslagen, Terrorismus!“, so heißt solch verwerfliches Tun. Selbst Presse, Wissenschaft, politische Parteien und Regierungen liegen vor der Macht des gewaltigen Einflusses der Gewerkschaften im Stau, wovon das Bestehen der Gewerbegerichte und der sozialen Gesetzgebung traurige Zeichen sind.

Darum muß die Organisation der Meister „eine Gegenorganisation zu jener der Gehilfen sein.“ Sie muß aber auch frei sein, wie die der Arbeiter, muß (?) „die Pläne der Gegner durchkreuzen und deren Mittel unwirksam machen. Eine solche Organisation ist der Arbeitgeberverband!“

Dieser habe volle Bewegungsfreiheit, er kann Mitglieder aufnehmen und ausschließen wie es ihm beliebt, kann Aktiengesellschaften (!) und Genossenschaften aufnehmen und ausschließen, womit gleichzeitig „Auspringer“ (Streikbrecher) abgeschreckt werden; kann Konventionstrafen nicht nur erlassen, sondern, wenn er Glück hat, sogar bezahlt bekommen. Die Tarife macht der Vorstand in Berlin, bei Tarifübertretungen gehen flugs Repressalien los und gegen die Gehilfen wirkt unerreichbar ein Arbeitgeber-Arbeitsnachweis. Selbstredend schließt man sich bestehenden Bezirks-, Landesverbänden und der Zentralstelle an, die feste Normen diktiert. Dann gibt es kein Ueberhumpeln und Abmurksen mehr. Reichen die Satzungen nicht aus, werden sie geändert. „Ueberall Freiheit und Beweglichkeit: die Vorbedingungen zur Führung des nun doch notwendig gewordenen Kampfes. Und rasches Handeln verblüßt und verwirrt den Gegner und ist eine Vorstufe für den Erfolg.“ Dann wird der Meister wieder „Herr im Hause“ sein.

Der Arbeitgeberverband pflegt aber auch die Solidarität, fördert den sozialen Frieden, kämpft gegen die Sozialdemokratie (obwohl Politik nicht getrieben wird), prüft Forderungen der Gehilfen „sachlich“, bekämpft jedoch diese Forderungen, weil stets unbedeutend, mit aller Energie. Zur Erreichung der Hauptzwecke (Pflge der Solidarität und Schutz bei Differenzen mit den Arbeitern) dienen: Streiktafel, Streikversicherung, Unternehmer-Arbeitsnachweis, Tarifverträge, Heranziehung von Streikbrechern und Vorjorge, daß diese auch wirklich arbeiten können, Aufklärung, damit auch der letzte Meister beiträgt, Kartellverträge usw. usw. — Die Zentralstelle als solche muß neben Streiks besonders auch die soziale Gesetzgebung bekämpfen. Natürlich wird auch ohne weiteres das Submissionswesen geregelt und erreicht werden, daß die Behörden Arbeiten nur noch an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes vergeben. Vereinbart ein Meister niedrige Preise, so darf sperren die Gehilfen dessen Be-

trieb. Schließlich erhöht man die Preise für die Arbeiten, ohne die Löhne der Gehilfen zu erhöhen. Wird weniger von der Kundschaft gefordert, hagelt es Konventionalstrafen. So „verfeinert“ man den Konkurrenzkampf, „gleicht Gegenjäge aus“, pflegt den Gemeingeist, verhilft außerdem noch das gegenseitige Abstreifen von Gehilfen durch das Verbot des Ueberbietens der Löhne; alles in allem genug, um endlich den unwürdigen, nutzlosen Zwangsang kurz entschlossen mit der goldenen, gebratene Tauben verheißenden Freiheit im Arbeitgeberverband zu vertauschen.

Selbstverständlich sieht die Praxis wesentlich anders aus, wie diese überstiegenen Darstellungen zu agitatorischen Zwecken von Leuten, die die Wirklichkeit entweder nicht zu beurteilen vermögen oder leichtsinnig leere Versprechungen machen, unbestimmt um todlicher folgende Enttäuschungen. So erheblich auch die den Innungen etwa anhaftenden organisatorischen Mängel sein mögen, die besten wie auch die arglistigsten Gesetzesparagrafen können die natürliche wirtschaftliche Entwicklung und die Durchsetzung besonderer stark wurzelnder Kräfte nicht behindern, daß eine andere, noch dazu in aller Hast entstandene Organisationshülle, so ganz andere überreichende Resultate erzielen könnte, zumal die so laut als aus weit besserem Holze geschnitzte und von ganz anderem Geiste besetzt hingestellte neue Organisation aus nahezu denselben Personen besteht, von diesen auch geleitet wird und von denselben Absichten besetzt wird, wie die herabgesetzte. Da zudem die Innungen in zahllosen Fällen, bei Ausschaltung der Gesellensauschüsse, Vernachlässigung ihnen obliegender Pflichten bezüglich des Arbeitnachsweis-, Herbergs- und Lehrlingswesens, bei Verhängung von Strafen usw. usw. die Zwirnsfäden des jetzt als so großes Hindernis bezeichneten Gesetzes recht skrupellos beiseite schoben, ohne daß die Behörden etwa über sie wie über Arbeiter wachten, ist es mit den angeblichen bisherigen gesetzlichen Behinderungen wirklich nicht so schlimm gewesen. Und was sagen die Innungen dazu? Sie rühmen sich, wahre Pfanzstätten des „Gemeingeistes“, der „Standesbehr“ zu sein, sie haben angeblich die Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen versucht, behaupten, auf die Arbeiten vergebenden Behörden dank ihrer Privilegien in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen besonderen Einfluß zu besitzen, haben mit kaum übertrefflicher Konsequenz die Gehilfenforderungen als unberechtigt bezeichnet, mit allen Merkmalen der Scharfmacherei gegen sie wie gegen die Gehilfenorganisation überhaupt gekämpft, jede Neuerrichtung abgelehnt, „Auspringer“ verfolgt, Streikbrecher geächtet, Unternehmensnachweise als Maßregelungsburcans etabliert, gelbe Gewerkschaften zu gründen versucht und andere unternehmensfreundliche Vereinigungen begünstigt, sie haben inrethhaft den roten Lappen geschwungen und auch eine Zentralisation befehlen. Ueberbieten läßt sich das so von den Innungen im Sinne der Arbeitgeberverbände geleistete nach alledem also schwerlich.

Deshalb wird Herr Schulz schon darin recht behalten, daß es das jeweils herausgehängte Schild nicht tut, ebensowenig die noch so geschickt gemachte Kellame oder etwa der Grad der Zungenkraft, mit der ein neuer Artikel angepriesen wird. Die innere Verechtigug einer verfolgten Sache und die an den Tag gelegte Ausdauer bei stets mühsamer und zeitraubender Organisationsstätigkeit ist das Entscheidende; einige, noch dazu wohlwollende, kaum gehandhabte Gesetzesparagrafen mehr oder weniger können da wirklich kein einschneidendes Hindernis bilden.

Wie demnach die Innungen trotz des anfänglichen Sträubens im Laufe der Zeit mit dem Erstarken unseres Verbandes diesen notgedrungen anerkennen, seinen Forderungen entgegenkommen und den erst grimmig gehaltenen Tarifgedanken schlucken mußten, so wird der Arbeitgeberverband den Arbeitgebern ihrem „Herrn im Hause“ nicht mehr retten und die Gehilfen nicht bewegen können, einzusehen, daß nicht sie ebenso „Brotherren“ ihrer Meister wie diese etwa ihnen gegenüber sind und daß man nicht arbeitet, um zu arbeiten, sondern, wie es auch die Meister handhaben, um die Existenz freisten zu können: und zwar recht menschenwürdig! — Auch der Arbeitgeberverband kann die natürliche Entwicklung keinen Schritt breit aufhalten. Er muß neben vielen anderen Hindernissen die aus dem nun einmal bestehenden Gegensatz resultierenden, von Gehilfen Seite ihm entgegenwirkenden Kräfte mit in Rechnung stellen, ebenso wie dies die Innungen tun mußten.

Da hilft kein Scharfmachen. Wie die Innungen, so kann der Arbeitgeberverband keine Erfolge aus dem Kermel schütteln und mit Nennoministereien weder Achtung noch Schrecken verbreiten. Darum kann es uns aber auch gleichgültig sein, ob die uns in Zukunft entgegenstehende und zum Kampf blasende Organisation den einen oder den anderen Namen trägt; denn in der rauhen Wirklichkeit kommt es auf etwas mehr an, als auf's „Anshänge-schild“.

Kollegen von Rheinland und Westfalen!

Eine Werkstattordnung in Sicht!

Der Innungsverbandsstag für das Maler-, Anstreicher- und verwandte Gewerbe in Rheinland-Westfalen hat auf dem Verbandstage zu Aachen am Montag, den 18. September 1909, sich nebst andern geschäftlichen Angelegenheiten mit einem Antrage aus Remscheid beschäft-

tigt, der die Einführung einer Werkstattordnung befürwortet. Der Vertreter der Zwangsinnung von Remscheid, Herr Felder, bemerkte hierzu:

„Meine Herren! Kurz nach Errichtung unserer Zwangsinnung traten wir dem Verbands bei. Es wurde uns gesagt, daß im Innungsverbande eine einheitliche Werkstattordnung eingeführt sei. Wir haben uns diese kommen lassen, aber die meisten Gehilfen weigerten sich, die Ordnung anzuerkennen. Wir beantragten daher, daß diese Werkstattordnung von allen 42 Innungen eingeführt und auch streng durchgeführt wird, um dadurch zu erzielen, daß die Gehilfen dieselbe anerkennen. In vielen Stellen ist nach Aussage der Gehilfen keine Werkstattordnung eingeführt.“

Die Versammlung stimmte dem Antrage Remscheid einmütig zu, daß in Zukunft eine einheitliche Werkstattordnung eingeführt werden soll, trotz des vorliegenden Tarifvertrages.

Die bisherige juristische Spruchpraxis geht dahin, daß nach dem klaren Wortlaut des § 134 c der Gewerbeordnung die vorschriftsmäßig erlassene Arbeitsordnung für den Arbeitgeber und die Arbeiter rechtsverbindlich ist und durch keinerlei Vereinbarungen, auch nicht durch Tarifverträge, aufgehoben werden kann. Dagegen können sich die Arbeiter nur schützen, wenn sie beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis erklären, nur auf Grund des Tarifvertrages in Arbeit treten zu wollen, was heißt: jegliche Unterschrift unter eine Arbeitsordnung verweigern. Gegen eine vernünftige Werkstattordnung läßt sich gewiß nichts einwenden, um so weniger, als es unmöglich ist, alle besonders gearteten Verhältnisse der einzelnen Betriebe in einen Tarifvertrag mit aufzunehmen. Wenn aber Werkstattordnungen Bestimmungen enthalten, die dem Tarifvertrag zuwiderlaufen oder diesen gar aufheben, dann erfordert es das Interesse eines guten Tarifverhältnisses, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer dagegen Front machen. Die Mitglieder des Innungsverbandes von Rheinland und Westfalen gehören in ihrer großen Mehrzahl dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe als Mitglieder an und versichern uns, sorgfältig auf dem Boden der Tarifverträge zu stehen, trotzdem schaffen sie Werkstattordnungen, die in ihren Bestimmungen den Tarifvertrag zum großen Teil illusorisch machen. Wir wollen es zunächst noch unterlassen, auf die 15 Paragraphen näher einzugehen, sondern beschränken uns auf den Paragraphen 2 der Werkstattordnung, wie sie uns von der Innung aus Remscheid vorliegt:

Mit Annahme der Arbeit unterwirft sich der Arbeitnehmende dieser Arbeitsordnung. Er empfängt bei seinem Eintritt ein Exemplar dieser Arbeitsordnung (Kostenpunkt 10 Pf.) und eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. Juni 1905 betr. die Verwendung der Kleinfarben nebst anhängendem Kleinfarbenblatt, ein Handtuch (Kostenpunkt 70 Pf.), eine Bürste zum Reinigen der Hände und Nagel (Kostenpunkt 10 Pf.), ein Waschgeschäß (Kostenpunkt 70 Pf.), sowie ein Stück Seife zum Gesamtkostenpreis von 1,60 Mk., welche bei der ersten Lohnung in Abzug gebracht wird, und hat die Anerkennung und den Empfang durch eigenhändige Namensunterschrift in das dafür bestimmte Buch, welches der Arbeitsordnung angehängt ist, zu bekunden.

Eine gemenehere Heuttschneiderei ist uns noch nirgends vorgekommen, wie sie sich in dieser Geschäftsordnung vorfindet. Während die Arbeitgeber die gesetzliche Verpflichtung haben, für Waschlgelegenheit Sorge zu tragen, Handtücher, Seife und Nagelbürsten unentgeltlich zu liefern, verkaufen die Herren diese Sachen zu Detailpreisen, die ihnen ja 50 Prozent Profit einbringen. Schmutziger kann die Unsitte der Arbeiter nicht mehr betrieben werden, als wie sie die Herren Innungsmeister von Rheinland und Westfalen beabsichtigen.

Unsere Kollegen möchten wir empfehlen, wo immer sich ein Arbeitgeber erlaubt, eine solche Arbeitsordnung zur Unterschrift vorzulegen, sie dem Herrn vor die Füße zu werfen.

Die kommenden Tarifverhandlungen werden Gelegenheit geben, noch etwas eingehender über derartiges Verfahren der Arbeitgeber zu reden und hoffentlich werden die Vertreter der Gehilfenorganisationen derartiges Gebaren in die nötigen Schranken weisen, damit Tarifverträge auch ein wirkliches Vertragsverhältnis zwischen Meister und Gehilfen darstellen.

Die Berliner Kollegen auf den Schanzen.

Zum 20. und 21. Oktober hatte die Ortsverwaltung Berlin 9 Versammlungen in Groß-Berlin einberufen, in denen die Kollegen Jakobit, Bloß, Dink, Mielz und Ringel über: Unsere bevorstehende Lohnbewegung, Streik oder Aussperrung? referierten.

Wie nicht anders zu erwarten, bewiesen die Berliner organisierten Kollegen durch den Massenbesuch der Versammlungen, daß wenn es gilt, jeder Mann an seinem Platze ist. Für dieses Mal galt es, noch kurz vor Beginn der zentralen Verhandlungen, den Unternehmern zu zeigen, daß es uns heiliger Ernst ist mit unseren Forderungen und daß wir mit größtem Nachdruck dieselben zu verteidigen wissen werden. Des weiteren galt es zu protestieren gegen die Art und Weise, wie die Unternehmerorganisationen und deren Presse unter der Direktion ihrer Zentralkommission unsere wohlerwogenen und nur zu gerechtfertigten Forderungen zu behandeln beliebten. Ferner galt es zu dokumentieren, daß die Berliner Kollegen davon überzeugt sind, daß ihre Stärke nur in dem festen Zusammenstehen aller und dieser nur im Verband der Maler usw. zu finden ist.

Die Referenten zeichneten die momentane Situation. In den Presseorganen der Unternehmer, auf den verschiedenen stattgefundenen Malertagen und Unternehmerzusammenkünften werden unsere Forderungen — besonders die der Arbeitszeitverkürzung und der Lohn-erhöhung — als „Präpöcher“, „undiskutabel“, „ausverschämte“ usw. bezeichnet, was die Kollegen mit für mich er Entrüstung vernahmen. Die richtige Würdigung bei den Kollegen fand auch die mehr als eigentümliche Stellungnahme des Vorsitzenden der Arbeitgeber, der bei den Verhandlungen 1908 sagte, „wir müßten bei ihm doch so viel soziales Verständnis voraussetzen, daß, nachdem wir in 4 Jahren keine Lohnaufbesserung gehabt, sie uns 1910 nicht mit 2 und 3 Pfennigen Erhöhung die Stunde

abspießen könnten. Ebenfalls ist der Herr der Ansicht, daß die Arbeiter bei den prozentualen Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und Ueberlandarbeit, die ganze Streichung des Fahrgeldes, die Einführung der Akkordarbeit und die Leistungsstufen als besonders vorteilhaft und verbessernd für uns gelten. Auch der Herr Obermeister Kettig, eine „Leuchte“ der „Freisinnigen“, erscheint in der ganzen Glorie seines sozialen Empfindens. Unterstützte er uns doch kürzlich bei der Bekämpfung des Bleiwisses durch den Ausspruch, daß in seiner Gehilfenzeit man keine Bleivergiftungen gekannt hätte, da hätte jeder Malergehilfe sein „Schlüsschen“ in der Tasche gehabt und ab und zu ein Schlüsschen genommen, was selbstverständlich jede Bleivergiftung unmöglich gemacht habe. Dieser Herr ist bereits laßsam bekannt durch den Scharfmacherpresse entlehnten Satz, den er anlässlich der Debatte über die Arbeitslosenfürsorge gelassen aussprach: Jede Arbeitslosenfürsorge ist eine Prämie auf die Faulheit.

Ebenso wandelt der weniger mächtige Führer der Herren im Unternehmerverband, Herr Hansen in Hamburg, in den gleichen Fußstapfen. Seine Drohung: Ohne Tarif am 1. Januar 1910 bleiben die Werkstellen in Deutschland geschlossen, brachte es gar zu einem Weiterleitserfolge: Seine Dube hat er als Angestellter schon längst geschlossen, darum kann er seinen Kollegen diesen Schritt sehr leicht empfehlen.

Nach all diesen Dokumenten sozialen Verhältnisses ist es freilich kein Wunder, wenn unsere Forderungen auf Verbesserung der Lebenslage auf solchen Widerstand stoßen. In diesen Herren ist die Belastung unserer Kollegen in den letzten 4 Jahren, besonders die in diesem Jahr durch das „nationale Wert“, die Reichsfinanzreform, spurlos vorübergegangen. Und mit Emphase verkünden sie: Mein Angebot auf solche „ausverschämte“ Forderungen. Denken die Herren, daß sie durch den Unternehmerverband so kräftig sind, uns einen Tarif aufzotrolieren zu können? Den Ungehör hat es ja, verflüchtete doch einer der Herren: Die Zeiten sind vorbei, wo all und jede Forderung, welche der „rote“ Gehilfenverband stellt, bewilligt werden muß.

Nun, unsere Kollegen, die dazu berufen sind, mit den Unternehmern zu verhandeln, werden es nicht schwer haben, unsere gerechten Forderungen zu begründen. Die stürmischen Zustimmung zu den Ausführungen der Referenten sowie zu unterstehender Resolution beweisen, daß die Masse der Kollegen geschlossen hinter den gestellten Forderungen steht.

Resolution:

„Die Versammlung der Maler und Anstreicher protestiert ganz entschieden gegen die Auslassungen der Führer des Arbeitgeberverbandes, daß die aufgestellten Forderungen zu dem neuen Lohnsatz fribol und ohne Ueberlegung aufgestellt sind. Die neuen aufgestellten Forderungen sind in Erwägung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Malerberuf äußerst berechtigt.“

Die Versammelten erklären, an den aufgestellten Forderungen festhalten zu müssen, weil sie für die Lebenshaltung in Anbetracht der erhöhten Pölle und Steuern unbedingt notwendig sind. Die Versammelten erklären fernerhin, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen auch zur Durchführung gelangen.

Zur Erwägung dessen, daß dieses aber nur durch eine große und wohl disziplinierte Organisation geschehen kann, verpflichten sich alle Anwesenden dafür einzutreten, daß sich auch der letzte Kollege der Organisation anschließt. Die Anwesenden verpflichten sich fernerhin, um den Forderungen auch den gebührenden Nachdruck zu verleihen, den von der Organisation getroffenen Anordnungen willig Folge zu leisten.“

Der Verlauf der einzelnen Versammlungen war imponant und erinnerte an die Begeisterung und den Kampfesmut von 1906. Am 20. Oktober waren die Versammlungen in Nixdorf, Charlottenburg, Bichterfelde und Weihensee. In Nixdorf sprach Jakobit vor einer nicht gebängten Menge, die alle Gänge im Saal sowie die Vorzimmer besetzt hielt.

In Charlottenburg machte es sich nötig, den bestellten kleinen mit dem großen Saal im „Volkshaus“ zu vertauschen. Dieser war bis auf den letzten Platz gefüllt und Kollege Bloß beleuchtete hier die wunderbaren Methoden unserer Unternehmerrührer. Selbst in den Außenbezirken Bichterfelde-Steiglih, wo Kollege Mielz und in Weihensee, wo Kollege Ringel referierten, waren die Lokale überfüllt.

Für den 21. Oktober waren die Versammlungen in der Stadt festgesetzt. Für den Norden tagte die Versammlung im „Swinemünder Gesellschaftshaus“. Um 7,9 Uhr war schon der Saal gefüllt und immer noch strömten Kollegen herbei; Referent war Kollege Mielz.

In den „Prachtställen des Ostens“ waren weit über 500 Kollegen versammelt. Diesen legte Kollege Jakobit in eineinhalbstündigem Vortrag die Situation dar. Am gleichen Abend sprach Bloß vor den Kollegen des Westens in Schöneberg, wo mindestens 300 Kollegen anwesend waren.

Ringel führte den Kollegen in Moabit in demonstrativer Weise das Verhalten der Unternehmer vor Augen. Auch hier war der Besuch über Erwarten zahlreich.

Kollege Dink hatte für die südlichen und die Zentrumsbezirke das Referat übernommen. Diese füllten den großen Saal des „Gewerkschaftshaus“.

Überall wurden die Versammlungen mit begeistertem Hochs auf die Organisation geschlossen.

Unsere neun Berliner Versammlungen und die Berliner Maler-Zeitung.

Der Redakteur der Berliner Maler-Zeitung rühmt sich seit längerer Zeit, daß er über unsere Versammlungen auf dem schnellsten Wege unterrichtet werde, und zwar erhalte er „stenographische“ Berichte. Wenn schon früher so manches berichtet wurde, was den Tatsachen nicht entsprach, so haben wir uns gesagt: auf diesem Gebiete lieben die Arbeitgeber das „fette“ Aufstragen, übrigen können auch mal Schritzer vorkommen. Die „Bericht-erstellung“ über unsere letzten Versammlungen aber übersteigt denn doch das Maß des Zulässigen. Weß Gehilfen sind der Vertrauensmann den Berliner Maler-Zeitung ist, geht schon aus dem Urteil hervor, daß sich dieser Bericht eingangs seines „Berichts“ erlaubt. Er sagt: „Anschließend hat es Miße gekostet, für diese Versammlungen geeignete „Redner“ aufzutreiben, denn mehrere

lesen ihre Epistel zum Teil vom Blatt ab und waren mit der Materie überhaupt wenig vertraut, sodaß der urteilslosen Masse Dinge vorgelesen wurden, die mit der Wahrheit in krassem Widerspruch stehen.

Wenn etwas vorgelesen wurde, so waren es die Aussagen von früher und jetzt gewisser Arbeitgeber, um so die Widersprüche dieser Herren der „urteilslosen Masse“ vor Augen zu führen. Ebenfalls wurden statistische Nachweisungen ganz selbstverständlich vorgelesen. Davon sich solcher Mühe darüber wundern, kennzeichnet ihn zur Genüge, und es wird uns verständlich, wie dieser Mensch das blödsinnigste Zeug auch über unsere angebliche Kampfstärke berichtet. Es heißt da:

„Sollten die Meister in eine tariflose Arbeitszeit einwilligen oder gezwungen sein, unter Umgehung der Anordnungen des Arbeitgeberverbandes, doch arbeiten zu lassen, so soll man ruhig seine Arbeitskraft anbieten. Jeder Auftrag erfordert die Beschaffung von Material. Ist dieses zur Stelle, so soll man nach kurzer Zeit wieder aufhören. Das Material ist dann zum großen Teil dem Verderben ausgeliefert (?) und diese Erscheinung wird dann der treueste Bundesgenosse für die bedingungslose Annahme des Tarifes sein.“

Wir wollten das Material verderben lassen! Wer lacht da nicht? Daß irgend ein Mensch, der nichts davon versteht, solch dummes Zeug schreibt, ist noch zu begreifen, daß aber ein Fachmann, „Malermeister“, derartiges Geschreibsel als Bericht aufnimmt, das ist es, was wir hiermit niedriger hängen wollen. Daß eine solche Handlungsweise aus der Versammlung heraus nicht als in'sam und gemein bezeichnet wurde, läßt tief blicken, vermerkt gar noch der Redakteur.

Dem ganzen verlogenen Bericht wird aber die Krone aufgesetzt durch folgende, im Fettdruck besonders hervorgehobene Stelle: „Der Einfluß des Malermeister Kruse auf die ganze Bewegung wird als unheilvoll für den ganzen Stand bezeichnet! Wenn Kruse verschwindet, dann werde auch dem Malergesellen sein Recht allmählich werden.“

Herr Kruses Berichterstatter muß wohl empfunden haben, daß sein Auftraggeber zu wenig im Vordergrund der Erörterung stand, was doch einem Vorsitzenden des „angesehensten Verbandes Deutschlands“ gegenüber nicht respektvoll genug erschien, daher mußte „so'n Ding gedruckt“ werden.

Nun wollen wir noch ausdrücklich feststellen, daß Herr Kruse am Donnerstag vormittag bei einem Telefongespräch bereits von Kollegen Mißig ankerte, daß ihm ein Bericht aus den Mittwoch-Versammlungen vorliegt, wonach schon in diesen Versammlungen die angelegene Meinung gefallen sein soll. Kollege Mißig erklärte aber sofort auf das bestimmteste, daß keiner von den 4 Kollegen, Mißig, Klotz, Mißig und Jakobowitz, eine derartige urfalsche Äußerung getan habe, daß es eine ganz gemeine Lüge sei. Trotzdem hat der Herr diese, von vornherein als Lüge gekennzeichnete Notiz in der Maler-Zeitung als Bericht aus der Versammlung gebracht. Deshalb erklärt an dieser Stelle der Unterzeichnete im Namen der anderen 3 Kollegen, die am Mittwoch referiert haben, daß wir Herrn K. ja gar nicht eine solche Bedeutung beimessen, um seine Entfremdung im Interesse unserer Sache als wünschenswert erscheinen zu lassen. Das sollte er doch schon längst wissen.

Was soll nun aber eine solche lügenhafte, durchsichtige Stimmungsmache noch kurz von den Verhandlungen? Braucht man noch Material, um die Arbeitgeber gegen uns aufzupeitschen? Man sollte meinen, daß hierin bereits genügend geleistet worden ist.

Herrn K. aber möchten wir dringend ersuchen, für die Zukunft in der Auswahl seiner „Berichterstatter“ etwas vorsichtiger zu sein, wenn er sich nicht den Vorwurf zuschieben will, offensbare Lügen weiter zu verbreiten.

Berlin. Jakobowitz.

Ein Jubiläum.

Am 3. August d. J. war ein Vierteljahrhundert verfloßen, seit der blühendste deutsche Konsumverein, der heute über 90 Verkaufsstellen, in denen über 40000 Mitglieder ihren Bedarf decken, verfügt, der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, seinen ersten bescheidenen Laden in der damaligen Bahnhofsstraße, jetzigen Weissenfelderstraße in Plagwitz eröffnete. Der folgenden erschienen Bericht über das 25. Geschäftsjahr gibt eine interessante Darstellung der Gründung und Entwicklung des berühmten Vereins, der wir folgenbes entnehmen.

Schon zu Ende der sechziger Jahre war von bürgerlicher Seite und später dann von Hirsch-Dunckerschen Arbeitern in Leipzig der Versuch gemacht worden, die Beschaffung von Waren für den Einzelhaushalt genossenschaftlich zu organisieren. Aber die gegründeten Vereine erfreuten sich alle keiner langen Lebensdauer. Da begann Anfang der achtziger Jahre in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das Interesse für die Konsumvereinsidee zu erwachen, um dessen Entfaltung sich vor allem der Richter Kallisch und der Schlosser Ruchschwert verdient machten, und nachdem im Dezember 1883 in einer öffentlichen Versammlung für den Plan Propaganda gemacht worden war, fand am 3. Februar die Konstituierung unter Beteiligung von 96 Personen statt. Es fehlte dem kleinen Verein nicht an Anfeindungen aus Krämer- und selbst Arbeiterkreisen, in denen die heute fast überwundene Idee spukte, daß die genossenschaftliche Betätigung der Arbeiter diese von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit abhalten könnte. Dennoch konnte, wie bereits gesagt, am 3. August die erste Verkaufsstelle eröffnet werden, in der bis Ende des Jahres ein Umsatz von 21198 Mk. mit einem Ueberschuß von 1461 Mk. erzielt wurden. Die Zahl der Mitglieder war inzwischen auf 121 gewachsen. Am Schlusse des vierten Geschäftsjahres zählte der Verein ein halbes Tausend Mitglieder und der Jahresumsatz hatte die Hunderttausend überschritten. So machte sich das Bedürfnis nach Personen geltend, die dem Verein ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellten. Im Jahre 1888 wurden daher der seither nur nebenamtlich tätige Kassierer Franz Koch und im nächsten Jahre der Geschäftsführer Georg Fell als fest besoldete Beamte eingestellt. Beide haben dem Verein in langen Jahren treu gedient. In Georg Fell, einem früheren Metallarbeiter, hatte der Verein einen Geschäftsführer gefunden, der nicht nur an genossenschaftlichem Weltbild, sondern auch an eigentlichen kaufmännischen Fähigkeiten jeden Berufskaufmann beschämte. Unter seiner genialen Leitung zeigte eine rapide Vorwärtswentwicklung ein.

Im 6. Geschäftsjahre errichtete der Verein eine eigene Bäckerei und baute sich in der Zahnstraße ein eigenes Heim. Das nächste Jahr brachte eine Steigerung des Umsatzes auf eine Million, während die Mitgliederzahl fast auf 4000 angewachsen war. Ein kleiner Rückschlag in der Mitgliederbewegung trat nur einmal ein, als im Jahre 1891/92 infolge der wirtschaftlichen Krise die gewohnte Dividende von 10 Prozent auf 8 Prozent herabgesetzt werden mußte. Am Schlusse des zehnten Geschäftsjahres verfügte der Verein über 13 Warenabgabestellen und ein Spezialgeschäft für Manufaktur- und Schnittwaren.

Die nächsten Jahre brachten ständige Erweiterungen. Es wurde ein zweites Grundstück in der Zahnstraße angekauft und darauf eine neue prächtig eingerichtete Bäckerei sowie eine eigene Dampf- und Hele erbaut, sodaß sich der Verein nunmehr das für seine Bäckerei gebrauchte Mehl selbst herstellte. Auf dem erweiterten Grundstück in der Zahnstraße wurde ein mächtiges Lagergebäude mit Bureauräumlichkeiten errichtet, das jedem Besucher Respekt einflößen muß. An Eigenbetrieben wurden ferner noch eingerichtet eine Kaffee- und Teeerei, eine Tischlerei, eine Schlosserei und Klempnerei, eine Käseerei, eine Selterswasser- und Limonadenfabrik, eine Butterformerei und eine Bierabfüllerei. Bis zum Schlusse des alten Jahrhunderts war die Mitgliederzahl der Genossenschaft auf 26000 gestiegen. Durch Uebernahme des Konsumvereins der Vorstadt Leipzig schenkte sie auf 29000 empör. 1900 eröffnete die Genossenschaft ihr erstes Warenhaus in Leipzig-Göndau. Im selben Jahre legte Georg Fell die Leitung des Vereins, die er 13 Jahre innegehabt hatte, nieder, um einem Ruf als Geschäftsführer der Grobkaufgesellschaft nach Hamburg zu folgen. Leider hat er auch diesen Posten bald aufgegeben und ist Direktor einer privaten Margarinefabrik geworden.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts waren vor allem durch die Uebernahme der kleinen Vereine in der Umgebung Leipzigs, Markranstädt, Connewitz, Götteritz, Gutritsch gekennzeichnet. Dieser „Aufsaugeprozess“ ist heute vollendet: Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist die einzige für Groß-Leipzig existierende Konsumgenossenschaft. Mit dem Connewitzer Verein übernahm er zugleich eine mit allen modernen technischen Einrichtungen ausgestattete Schlägerei und Wursthabrik. Für den kleinen Verein war dieser Betrieb die Ursache des Zusammenbruchs geworden; in den Händen des größeren entwickelte er sich bald zu einem gutgehenden und rentablen Unternehmen, dessen Produkte heute weit über die Grenzen Leipzigs hinaus in genossenschaftlichen Kreisen Absatz finden.

Daß die außerordentliche Entwicklung der Genossenschaft ihr allerlei Anfeindungen aus den Kreisen ihrer natürlichen Gegner eintrug, ist selbstverständlich. Auch, daß dabei nicht immer mit den saubersten Mitteln gekämpft wurde. So veröffentlichte eines Tages der Schutzverband für Handel und Gewerbe die Mitteilung, daß ein Bücherrevisor den Geschäftsbericht der Genossenschaft geprüft und dabei festgestellt habe, daß dieselbe vor dem finanziellen Zusammenbruch stehe. Die Genossenschaft konnte alle Beschuldigungen, die zuerst natürlich eine nicht geringe Beunruhigung in den Kreisen der Mitglieder hervorgerufen hatten, glänzend widerlegen und ging mit einem erheblichen Mitgliederzuwachs aus der Affäre hervor.

40655 Familien waren dem Leipzig-Plagwitzer Konsumverein am Schlusse des 25. Geschäftsjahres angeschlossen, das sind etwa 200000 Personen oder 1/3 der Gesamtbevölkerung von Leipzig. Die Summe der von ihnen bezogenen Waren betrug 16703056 Mk. und der dabei erzielte Ueberschuß 1618893 Mk., wovon eine 10prozentige Rückvergütung verteilt werden konnte. Ueber 1 1/2 Millionen Mk. wurden also durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß in einem Jahre den Profiten der privaten Kaufleute, Wäcker und Schlächter Leipzigs entzogen und den organisierten Konsumenten zugeführt, ungerneht den Vorteil, der den Mitgliedern und über diesen Kreis hinaus der Bevölkerung durch die durch den Konsumverein bewirkte Verbilligung der Waren zu teil wurde.

Von den abgesetzten Waren wurde etwa der dritte Teil, nämlich für 5 1/2 Millionen Mk., in eigenen Betrieben hergestellt oder verändert. In der Herstellung und im Verkauf der Waren beschäftigt die Genossenschaft ein Personal von 1100 Köpfen, dem im letzten Jahre eine Lohn- und Gehaltssumme von 1304184 Mk. ausbezahlt wurde. Außer seinen 90 Verkaufsstellen, darunter 10 ausschließlich für Fleischwaren, besitzt der Plagwitzer Konsumverein noch drei Warenhäuser, in denen Konfekt-, Schnittwaren, Haushaltsgegenstände usw. hergestellt werden. Er nennt eine ganze Reihe von Grundstücken sein eigen, die Zahl seiner Wagen und Geschirre übersteigt die 40 und 87 Pferde sind täglich im Dienste der Genossenschaft tätig.

Ein Riesenbetrieb, musterhaft organisiert und von höchster Leistungsfähigkeit, so steht heute die Schöpfung der Leipziger Arbeiter, ihr Konsumverein vor uns. Möge er auch weiterhin als leuchtendes Vorbild an der Spitze der deutschen Genossenschaftsbewegung marschieren und seinen Mitgliedern in immer höherem Maße ein starker Rückhalt in den wirtschaftlichen Nöten des Lebens sein.

Arbeitslosenstatistik des 7. Bezirks.

Zusammenstellung von Oktober 1908 bis Juni 1909.

Table with columns: Monate, Zahl der Befragten, Arbeitslosen, Grundlos, Arbeitsmangel, Krankheit, insgesamt, Lohnverlust wegen (Arbeitsmangel, Krankheit, Gesamtlohnverlust), and Von den Beteiligten in % arbeitslos.

* Diese Zahlen beziehen sich in der Hauptsache nur auf München und Nürnberg.

Aus unserem Berufe.

Handwerkskammer und Ausstellung bemalter Wohnräume in München.

Seitens der Bezirksleitung des 7. Bezirks wurde an die sieben Handwerkskammern in Bayern rechts des Rheins das Ansuchen gestellt, es möchten für den Besuch der Ausstellung bemalter Wohnräume in München an Gehilfen Mittel bewilligt werden, um das dort in so reichem Maße Dargebotene unseren Berufskollegen zugänglich zu machen. In der Eingabe wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß bei solchen Gelegenheiten sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ein großes Interesse daran haben müssen, daß solche Darbietungen in möglichst weite Kreise gelangen und da namentlich diese Ausstellung etwas Neuartiges für unseren Beruf mit sich bringt, so sei es um so mehr angebracht, daß aus allen Landesteilen auch Gehilfen in den Stand gesetzt werden, die dort vertretenen Grundsätze praktisch zur Anwendung zu bringen. Ebenso wurde betont, daß bei Fragen über die Hebung des Handwerks wie über Ausbildung in beruflichen Angelegenheiten auch die Arbeiterorganisationen noch stets ihre Hand dazu geboten haben und bieten werden, um nach dieser Richtung hin fördernd zu wirken.

Auf dieses Gesuch hin, das jeder Kammer einzeln zugestellt wurde, kam von sechs H.-K. Antwort und zwar durchweg in günstigem Sinne. Die H.-K. von Oberbayern, Niederbayern und Mittelfranken erklärten sich sofort bereit, bei diesbezüglichen Gesuchen Stipendien zu gewähren, während die H.-K. von Unterfranken und Schwaben zwar der Anregung ebenfalls sehr sympathisch gegenüber standen, aber leider nicht in der Lage seien, wegen Mangel an verfügbaren Mitteln solche gewähren zu können. Die oberfränkische H.-K. hatte bemerkt, daß „es nicht ausgeschlossen sei, an einzelne bedürftige und würdige Personen mäßige Stipendien zu gewähren“.

Der Anregung einer H.-K., an das Ministerium ein Gesuch zu richten, wurde von der Bezirksleitung entsprochen unterm 30. August, allein bis zur Abfassung dieses Berichtes war eine Antwort noch nicht eingelaufen, kann also selbst bei Genehmigung des Gesuches praktisch nicht mehr in Frage kommen, da ja die Ausstellung Ende Oktober geschlossen wird.

Auf die eingereichten Gesuche der einzelnen Kollegen nun genehmigte die H.-K. für Oberbayern für einen Kollegen aus Rosenheim, ferner die H.-K. von Niederbayern für je einen Kollegen aus Landsbut, Passau und Kelheim, die H.-K. für Mittelfranken für drei Kollegen aus Nürnberg, zwei aus Fürth, zwei aus Ansbach und einen Kollegen aus Erlangen Mittel im Gesamtbetrage von 239 Mk. und ferner hat die H.-K. für die Oberpfalz und Regensburg, die erklärt hatte, ein Gesuch nicht erhalten zu haben, auf Antrag der Gehilfenvertreter der H.-K. die Summe von 100 Mk. genehmigt, die auf zehn Kollegen verteilt wurde und ausschließlich auf Kollegen aus Regensburg entfiel. Damit ist von den Klassen der Handelskammern die Summe von 339 Mk. für den Besuch der Ausstellung bemalter Wohnräume in München verausgabt worden und haben daran insgesamt 22 Kollegen partizipiert.

Hätte das Ministerium des Innern dem Gesuch entsprochen, so wäre es unter Umständen möglich geworden, auch aus andern Teilen des Landes Kollegen dahin zu entsenden, was sicherlich ebenso im Interesse der Kollege wie des Gewerbes überhaupt gelegen gewesen wäre.

Bedauerlich ist nur, daß nicht alle H.-K. solche Mittel zur Verfügung hätten, denn für solche Bestrebungen, die doch wirklich handwerkstreu und -fördernd sind, sollten unseres Erachtens nach stets Mittel vorhanden sein.

Ferner dürfte es bei ähnlichen Gelegenheiten kein Fehler sein, wenn die H.-K. gleich von vornherein die Initiative ergreifen würden und durch öffentliche Ausschreibung einem noch größeren Kreis von Gehilfen Gelegenheit gegeben wäre, sich zu bewerben. Als anerkenntniswert kann bezeichnet werden, daß die früher den Arbeiterorganisationen gegenüber beobachtete Scheu von diesen Behörden wie es scheint nun abgelegt ist, was wir im Interesse der beiden Teile zu begrüßen ist und auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck kommen dürfte. Wir begrüßen die Anerkennung der Organisation als einen Fortschritt und wünschen dieses allgemein für alle Korporationen und Behörden, die berufen sind, in das soziale Leben einzugreifen.

Im übrigen haben sich alle Kollegen sehr anerkennend über die Leistungen der Ausstellung und über ihre Eigewartigkeit ausgesprochen und dieses nicht allein von den Kollegen, die delegiert waren, sondern von allen, die Gelegenheit hatten, davon Einsicht zu nehmen. Auch von der Stadt München selbst dürften viele Kollegen bei den halben Preisen, die für die organisierte Arbeiterschaft überhaupt Geltung hatten und auch von der näheren Umgebung der Hauptstadt Bayerns ebenso viele dem Unternehmen einen Besuch abgestattet haben, der

wohl ebenfalls zufriedenstellend auf die Gemüter gewirkt hat.

Unser Wunsch ist, daß die bereits beschlossene ähnliche Veranstaltung für 1910, die ebenfalls von der Ortsgruppe München des Südb. Malermeisterverbandes veranstaltet wird, ebenfalls Wiberhall finden möge, wie wir auch die Hoffnung hegen, daß sowohl die Handwerkskammern wie auch die Staatsregierung Mittel bereitzustellen mögen, um einen noch größeren Kreis von Gehilfen und aus allen Teilen des Landes eine Vertretung zu ermöglichen.

Wirken so alle Faktoren zusammen, so kann für die Zukunft eine Belebung unseres Gewerbes und damit eine Hebung desselben nicht ausbleiben, der Nutzen dürfte allerseits verspürt werden.

Ein Schürkenstreich. In Essen a. N. hat die Wahl der Arbeitnehmer-Vertreter zur Generalversammlung der Maler-Zunftschaftskasse ein negatives Resultat ergeben, indem sich bei der Auszählung Stimmgleichheit ergab. Dieses Resultat muß als ein außerordentliches bezeichnet werden, indem hier zum ersten Male das jedenfalls schon längere Zeit bestehende Wahlbündnis des christlichen Malerverbandes mit der Essener Unternehmerorganisation in Kraft trat. Circa 100 bis 120 Unternehmer-Vertreter, Poliere, Vorarbeiter, Kontoristen und sonstige Speichelfeder traten geschlossen für die christliche Liste ein. Das Resultat am ersten Wahltage war folgendes: Freier Verband 94, die verbündete christliche und Unternehmerrliste 42 Stimmen, mithin eine Majorität für die freie Liste von 62 Stimmen. Der zweite Wahltag brachte eine Ueberwindung. Den Lesern dürfte bekannt sein, daß der Angestellte des christlichen Malerverbandes, Schulz, am Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, eine geheime Sitzung mit den organisierten Unternehmern hatte, als deren Resultat das in Kraft getretene Wahlbündnis zu bezeichnen ist. (Siehe Näheres unter „Erwischt“ in der vorigen Nummer des „V.-M.“)

Daß die Kandidatenstellung mit einem Arbeiter unferseits besetzt wurde, ist der äußere Anlaß zu diesem christlichen Verrat. Die Kasse soll nicht zum „Zummelplatz des sozialdemokratischen Malerverbandes“ werden, so ist es zu lesen in einer von christlicher Seite herausgegebenen, mit der Schreibmaschine geschriebenen Flugblatte, zu dem die Arbeiter ebenjedenfalls Bate gestanden haben. Zum ersten Male erlebten wir hier das Schauspiel, daß die Arbeitgeber für die christliche Liste agitierten. Die Arbeitgeber verteilen auf ihren Werkstätten unter der Hand an ihre erbeutenen Trabanten die christlichen Stimmzettel und forderten dieselben auf, nur ja zur Wahl zu gehen. Um 7 1/2 Uhr abends erhielten wir die Kunde, daß sich die Arbeitgeber in größerer Anzahl im Hotel Sanna versammelten. Erst in kleinen Trupps, dann in geschlossenem Zuge rückten diese christlichen Hilfstruppen heran und begaben sich, den ihnen von christlichen Verbänden gelieferten Stimmzettel in der Hand, zur Wahlurne. Dieses erreichte begreiflicher Weise unter den in großer Zahl anwesenden freien Verbandskollegen einen Sturm der Entrüstung, der sich erst legte, als der Vertreter der Unionsbehörde dieses Vorgehen als mit den bestehenden Gesetzen im Einklang befindlich bezeichnete. Unter diesen Umständen war an einen Sieg des freien Verbandes kaum noch zu denken. Doch es kam anders. Die Auszählung ergab für die freie Liste 180 und für die Christen 180 Stimmen, so daß eine Mehrheit nicht erzielt wurde. Unsere Kollegen begrüßten dieses Resultat mit einem allgemeinen Hoch. Wie getretene Hunde zogen die Christen, an der Spitze der erwischte Verräter ab, die Arbeitgeber waren sprachlos; glaubte man doch den Sieg schon in der Tasche zu haben, und nun diese Enttäuschung. Keine Ahnung von der christlichen Verräterei, waren unsere Mitglieder einigermaßen zahlreich erschienen, sodas der unerwartete Angriff im letzten Augenblick noch abgeschlagen werden konnte. Es war ein Ehrentag für unsere Organisation, wurde doch die heimtückisch ausgelegte Ueberrumpelung glänzend abgewehrt. Nun haben wir die Bahn klar vor uns liegen; die Kollegen wissen, daß bei der schon in den nächsten Wochen stattfindenden Neuwahl uns ein Kampf bevorsteht, wie er frisch-fröhlicher hier in Essen noch nicht geführt wurde. Wir wissen, daß unsere noch zahlreich vorhandenen Meister bis auf den letzten Mann herangeholt werden müssen, um den vereinigten Gewerkschaften eine Niederlage zu bereiten, die ihnen ein für allemal die Luft vertreiben soll, mit unserer Organisation anzubinden.

Wie schön wäre es doch gewesen, wenn unsere Vertreter aus der Masse herausgeflogen wären. Die Kandidatenfrage wäre mit einem Male erledigt, ein Arbeitgeber wäre wieder Kandidat geworden und die Kassemitglieder wären die Leidtragenden gewesen, indem nur ein neues Wahlregelungsbureau dem alten Platz gemacht hätte. Doch es hat nicht sollen sein.

Diese Wahl hat zur Evidenz erwiesen, was zwar schon lange bekannt war, daß die christlichen Gewerkschaften ihre ganze Aufgabe nur darin erblicken, der frei organisierten Arbeiterschaft Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Eine Begeisterung hat dieser christliche Schurkenstreich in die Reihen unserer Mitglieder getragen, wie sie kaum in einer Streikversammlung zu finden ist. Durbendweise stellen sich unsere Kollegen für die zu erwartende Wahlarbeit zur Verfügung, sodas die Gewähr gegeben ist, daß auch der letzte an die Wahlurne gebracht wird. Darum auf, Kollegen, Partei- und Gewerkschaftsgenossen, klärt die Indifferenten auf, spornet sie an, damit, wenn der Ruf ergeht, wir sie in unseren Reihen finden. Feinde ringsum! Doch viel Feind, viel Ehr! Das sei unsere Parole! Nieder mit diesen Verrätern! Hoch der freie Verband!

Der Sammlungsberichte.

Hannover. Generalversammlung am 12. Oktober im großen Saale des „Ballhof“. Tagesordnung: 1. Abrechnung und Bericht vom 3. Quartal; 2. Die Lohnbewegung im Malergewerbe und die Absichten des Arbeitgeberverbandes, Referent Kollege Buch-Hamburg. Zum 1. Punkt berichtet Kollege Schubert. Die Bilanz ergibt eine Einnahme von 18 948,66 M., der eine Ausgabe von 8466,44 M. gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 10 481,89 M.

oder pro Mitglied 11,21 M. Die Einnahmen vom 25-jährigen Stiftungsfest betragen 607,85 M., die Ausgaben 827,05 M., sodas ein Zuschuß von nur 219,40 M. erforderlich war. Als Stammkapital und Beitrag zum Gewerkschaftshaus sind jetzt 8000 M. abgeführt. Die schon im 2. Quartal zeitweise umfangreiche Arbeitslosigkeit hielt auch noch bis zur Hälfte des 3. Quartals an. Nur in der zweiten Hälfte des 3. Quartals war die Arbeitslosigkeit eine befriedigende. Der Arbeitsnachweis hat im Vergleich zum 3. Quartal des vorigen Jahres eine Steigerung von 61 offenen Stellen erfahren. Es ließen sich eintragen 485 Mitglieder; offene Stellen waren vorhanden 883, davon konnten besetzt werden 266 Stellen. Der Mitgliederbestand beträgt 985, ergibt eine Zunahme gegenüber dem 3. Quartal des Vorjahres von 25 Mitgliedern. Ueber die Nichterhaltung des Tarifvertrages seien verschiedene Klagen laut geworden; soweit die Tatsache festgestellt werden konnte, wurde sofort eingeschritten. Fortwährende Klagen werden gegen die hiesige Firma Dirksen wegen ihrer Manipulation bei auswärtigen Arbeiten laut; gegenwärtig sei es Belgoland und Charlottenburg. Immer wieder versuche man in der Regel recht junge Gehilfen zu finden, die unter den dort bestehenden tariflichen Bedingungen arbeiten. Nach den Berichten beteiligter Gehilfen soll auch nebenbei der Rat erteilt werden, keine Mitteilung über den vereinbarten Stundenlohn zu machen, damit es niemand erfahre. Die jungen Kollegen werden in der Regel hier entlassen und dann wird ihnen unter mancherlei Versprechungen gesagt, wenn sie aber nach diesem oder jenem Ort hinfahren wollen, auf eigene Kosten natürlich, dann können sie dort weiterarbeiten. Um das Fahrgehalt für die Rückreise zu sparen, entläßt man die Kollegen an dem betreffenden Orte und damit bei der Reise kein Zeitverlust entsteht, ist schon verlangt worden, die Reise des Sonntags auszuführen. Leider finden sich immer noch Kollegen, die zum Teil glauben, sich entweder fortzubewegen zu können oder für den Winter Arbeit zu haben und auf Grund dieser Versprechungen darauf eingehen. Die Firma hat dabei ihre Absicht voll erreicht; sie braucht einmal aus dem betreffenden Orte keine Gehilfen zu beschaffen und entgeht dabei einer eventuellen Kontrolle der Arbeitsausführung, hat aber zugleich billige Arbeitskräfte. Ueber das Projekt des Gewerkschaftshauses sei zu berichten, daß die erste Hypothek mit 800 000 M. und die zweite Hypothek mit 200 000 M. aufgenommen ist. Das weitere Geld ist von der Partei und den Gewerkschaften größtenteils aufgebracht. Der Bau werde nun eifrig gefördert. Eine weitere Besprechung erfuhr die Lehrlingsfrage und die Veranstaltung des Bildungsvereins. Nachdem eine kurze Diskussion stattgefunden, erhielt zum zweiten Punkt der Kollege Buch das Wort: Es dürfte wohl gegenwärtig in unseren Kollegenkreisen kein Thema mehr diskutiert werden, als unsere Lohnbewegung und wenn auch schon darüber die verschiedensten Ansichten laut geworden wären, so sei man sich aber darin einig, daß diesmal eine wesentliche Verbesserung erreicht werden muß. Unsere Mitglieder hatten Gelegenheit, die Entwicklung der Arbeitgeberorganisation zu verfolgen und daraus zu lernen, daß Theorie und Praxis bei den Arbeitgebern zwei grundverschiedene Dinge sind. Die nach außen hin angelegten Kulturworte, die erstrebt werden sollten, waren nur das Außenschild; in Wirklichkeit geht das Bestreben des Arbeitgeberverbandes nur dahin, jeder Bestrebung der Arbeiter auf Verbesserung ihrer schlechten Lage entgegenzuwirken und zu bekämpfen. Die Ursachen der noch in unserem Gewerbe vorhandenen schlechten Löhne sei darauf zurückzuführen, daß sich unsere Organisation so spät entwickelte. Die frühere feindliche Stellung und der Indifferentismus sind Schuld an den schlechten Verhältnissen, deshalb mußte erst eine Reihe Jahre ins Land gehen, ehe wir zu dem heutigen Stand gekommen sind. Infolge der schlechten Existenzverhältnisse trage sich stets eine Reihe Kollegen mit dem Gedanken, selbständig zu werden. Trotzdem die Meister selbst diese traurige Lage durchgestiftet haben, bilden sie doch in den Arbeitgeberverbänden das rückständigste Element. Jede Erwerbsgruppe sei heute gezwungen, sich zu organisieren. In unserer Organisation haben wir besonders Wert darauf gelegt, gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ein Minimallohn und verkürzte Arbeitszeit liege auch im Interesse der Arbeitgeber zur Unterbindung der Schmutzkonkurrenz. Die Submissionsblüten in unserem Gewerbe stehen fast ausnahmslos da. Mit der Entwicklung und den Fortschritten unserer Organisation mußten sich die Arbeitgeber absinden und man versucht nun sich der Gewerkschaft ebenbürtig an die Seite zu stellen. Redner geht näher auf die Entwicklung des Arbeitgeberverbandes ein. In München scheiterte der erste Versuch, eine Organisation zu schaffen. Eine Resolution, überall Tarifverträge zu empfehlen, wurde abgelehnt. Auf dem Malertag in Hannover trat eine gewaltige Mauersung ein, aus den schärfsten Gegnern waren die eifrigsten Befürworter geworden. Hier wurde die Gründung des Arbeitgeberverbandes vorgenommen und den Tarifverträgen einstimmig zugestimmt. Bestimmend für diese Wandlungen waren die Jahre 1905 bis 1907. Diese Zeit waren Jahre guter Konjunktur; es wurde durch unsere Organisation eine größere Anzahl Tarifverträge mit verbesserten Lohn- und Arbeitsverhältnissen erreicht. Den Indifferentismus der Malermeister hofft man dadurch zu beseitigen, daß man erklärt, durch den Anschluß an den Arbeitgeberverband brauche man in Zukunft keine Zugeständnisse mehr zu machen. Es wurde weiter gesagt, daß, wenn in München der Arbeitgeberverband schon gegründet worden wäre, so hätte man den Mehrlohn in den letzten zwei Jahren nicht bewilligen brauchen; dieser Mehrlohn wäre in der Masse des Arbeitgeberverbandes besser aufgehoben gewesen. Dabei rechnete ein Meister schon aus, wieviel Hundert Mark ein Meister an Lohn sparen kann, wenn er dem Arbeitgeberverband beiträgt. Auch die „Streikbewältigung“ in Rheinland und Westfalen, die von uns schon durch zahlenmäßige Beweise gewürdigt ist, hat als Anregungsmittel dienen müssen. Nach der Gründung des Arbeitgeberverbandes wurde bei unserer Hauptverwaltung angefragt, ob wir gewillt seien, mit ihnen Tarifverträge auf paritätischer Grundlage abzuschließen, ähnlich dem im Buchdruckergewerbe. Diese Frage wurde von uns im zustimmenden Sinne beantwortet. Eine Anfrage unferseits wie man sich die Parität bei den Arbeitern denke, blieb unbeantwortet. Von den 28 Lohnbewegungen, die wir im vorigen Jahre in unserem Bezirk zu verzeichnen hatten, waren schon 24 zum Abschluß gebracht, als auf einmal von dem Arbeit-

geberverband eine Sitzung nach Mannheim einberufen wurde, um angeblich noch einige Differenzen zu erledigen. Da begann die den Kollegen wohlbekannte Komödie. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und die Meister spielten daraufhin nach außen die Enttäuschten. Die Verhandlungen hatten am 21. März begonnen und schon am 22. März war eine große Meisterversammlung anberaumt und drei Tage vor der Verhandlung war ein Flugblatt verbreitet, wo schon Stellung zu dem von der Gehilfenvertretung abgelehnten Normaltarif genommen werden sollte. Das sind Beweise, daß die Ausperrung bei den Meistern des Arbeitgeberverbandes schon vorher eine beschlossene Sache war. Die Verhandlung war nur eine Formschabe zur Irreführung der öffentlichen Meinung. Die frei organisierten Mitglieder wurden entlassen, die Mitglieder der christlichen Organisation sowie der Dirksen-Dunkerschen wurden weiter beschäftigt. Freit organisierte Gehilfen, die zu dem christlichen Verband übertraten wollten, sollten wieder eingestellt werden. Herr Kruse erklärte dabei auch, daß er die Hauptaufgabe darin erblicke, die sozialdemokratische Organisation mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das ist auch das ganze Sinnen und Trachten des Arbeitgeberverbandes. Die Ausperrung in Süddeutschland soll nun von sehr großer Bedeutung gewesen sein und großartig geklappt haben und um noch eine besondere Wirkung zu erzielen, wurde die Mär verbreitet, daß wir die Absicht gehabt hätten, den Arbeitgeberverband zu sprengen. Weil dieses nun nicht gelungen sei, deshalb die Kraftmeierei von dem angeblichen großen Erfolg. Wie sah nun dieser Erfolg aus? Es kamen 2000 Meister und 8000 Gehilfen in Frage, davon sperren 700 Meister 8000 Gehilfen aus, von den ausgesperrten Gehilfen war aber halb wieder der größte Teil in Arbeit gebracht. Auf dem Dresdner Malertag hat man sich nun eingehend mit unseren Forderungen beschäftigt und nach den Berichten soll diese Tagung von großer Bedeutung gewesen sein. Man orafelte schon von der nächsten Lohnbewegung, die dann eine internationale sein würde, mit Einschluß von Australien (der Nordpol war noch nicht entdeckt). Das sei doch gewiß großzügig genug gesprochen. Von welcher Bedeutung solche Tagungen sind, besage zur Genüge ein Erlaß des Ministers, keine Beamte auf diese Art Kongresse mehr zu entsenden, weil die Belehrung gleich Null sei und die meiste Zeit auf Vergnügungen verbracht würde. Nach der „Süddeutschen Malerzeitung“ werden nur ein bis zwei Referate gehalten, die übrigen seien nur Durchschnittsreferate. Wer aber eine freie Ansprache wünsche, würde hinter verschlossene Türen geschleppt. Als ein Meister erklärte, daß man die Gehilfenorganisation nicht unterschätzen solle, rief diese Meinung eine erregte Mißstimmung hervor, die ebenfalls hinter verschlossenen Türen schlemmig repariert werden mußte. Die verständigen Ausführungen des Vertreters der Regierung auf der Dresdner Tagung wurden vollständig ignoriert. Kraftvoll wurde in dem ersten Referat betont, daß die Verhandlungen nur im Sinne der Arbeitgeber durchgeführt wurden und daß die Gehilfen sich diesmal mit dem Bestehenden zufrieden geben müßten. Es werde nun darauf hingearbeitet, die öffentliche Meinung für die Arbeitgeber zu gewinnen. Um dieses zu erreichen, werden in die bürgerlichen Blätter Notizen hinein lanciert, daß die Meister über eine große, vorzügliche, starke Organisation verfügen, die eine große Machtfülle in sich schließt, die die angesehenste in ganz Deutschland sei. Man prahlt bis zum Ueberdruß mit den Millionen an Lohn, die die Meister auszahlen und stellt demgegenüber unsere Organisation als relativ nur schwach hin. Damit versuche man nur die eigenen Schwächen zu verdecken. Sollen doch die Farbenlieferanten durch Abführung eines bestimmten Prozentsatzes zu Beitragszahlern für den Arbeitgeberverband herangezogen werden, weil bei den eigenen Mitgliedern das Beitragszahlen nicht besonders beliebt sein soll. An Großsprechereien leisten die mächtigen und weniger mächtigen Arbeitgeberführer unübertreffliches. Für Verbesserungen, in unserem Gewerbe gesunde Zustände zu schaffen, seien die Herren aber nicht zu haben. Nach dem Anspruchs eines weniger mächtigen Führers sollen am 1. Januar sämtliche Werkstätten in Deutschland geschlossen werden, wenn ein Tarifvertrag im Sinne der Arbeitgeber nicht zustande käme. Da man aber auch in diesem Jahre jetzt schon anfängt auszusperrern und diese Ausperrung täglich (allerdings wegen Mangel an Arbeit) zunimmt, dürfte am 1. Januar nicht viel mehr zum Ausperrern übrig bleiben. Die Arbeitgeber glauben dadurch unsere Masse zu schwächen, um uns dann lahm zu legen; uns stehen aber ebenfalls Mittel zur Verfügung, diese Absicht illusorisch zu machen. Das Resultat wird abhängig sein von dem Stärkeverhältnis der Organisation. Die Arbeitgeberorganisation wird ihren Kriegsplan, der schon fit und fertig sein soll, nochmals einer gründlichen Revision unterziehen müssen, denn ohne wesentliche Verbesserungen schließen wir keinen Tarifvertrag ab. Nachdem noch einige Winke über die einzuschlagende Taktik gegeben waren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Beginn der zentralen Verhandlungen im deutschen Baugewerbe. Der Vorstand des „Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ teilt im Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe seinen Mitgliedern mit, daß auf der Konferenz der Bundesvorsitzenden als Verhandlungstag mit den Vorständen der Zentralverbände der Arbeitnehmer der 11. und eventuell auch der 12. November festgesetzt worden ist. Ein früherer Termin konnte nicht angefeht werden, da sich die Zentralverbände erst für die erste Hälfte des November Verhandlungsbereit erklärten. Nach dem bestehenden Vertrage findet eine Kündigung des Vertrages nicht statt und vier Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen. In den ersten zentralen Verhandlungen wird voraussichtlich nur über die Abänderungen des Vertragsinhalts beraten werden, während den späteren örtlichen Verhandlungen die Beratung über Löhne und Arbeitszeit wohl vorbehalten bleiben wird.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise. Einen zahlenmäßigen Beweis dafür, wie in den letzten Jahren die Marktpreise für die Nahrungsmittel gestiegen sind, hat das Kaiserl. Stat. Amt durch eine Zusammenstellung dieser Preise von 15 deutschen Großstädten für die Jahre 1899 bis 1908 erbracht. Berechnet man aus den mitgeteilten Preisen den Durchschnitt, so ergibt sich, daß in dem er-

während Zeitraum gestiegen ist der Preis für einen Doppelzentner Kartoffeln von 5,74 auf 6,05 Mk., für ein Kilogramm Butter von 2,25 auf 2,60 Mk., Rindfleisch von 1,34 auf 1,58 Mk., Schweinefleisch von 1,41 auf 1,60 Mk., Weizenmehl von 33 auf 40 Pfg. usw. Auffällig sind in der Statistik die außerordentlichen Verschiedenheiten der Preise in den einzelnen Städten. So kostete 1908 in Aachen ein Doppelzentner Kartoffeln 8,85 Mk., in Breslau aber nur 4,48 Mk., ein Kilogramm Butter in Dresden 2,80 Mk., in München 2,26 Mk., ein Kilogramm Rindfleisch in Mannheim 1,77 Mk., in Kiel 1,41 Mk., ein Kilogramm Schweinefleisch in Aachen 1,80 Mk., in Danzig 1,38 Mk., ein Kilogramm Weizenmehl in Mannheim 48 Pfg., in Stettin 34 Pfg. Ebenso verschieden sind natürlich auch die in dem angegebenen Zeitraum eingetretenen Preissteigerungen. In Hannover stieg z. B. der Preis für einen Doppelzentner Kartoffeln von 4,91 auf 6,14 Mk., in Aachen von 5,73 auf 8,95 Mk. usw. Die amtlichen Stellen haben allerorts die Preise für Durchschnittsware mit Ausschluß feiner und schlechter Sorten ermittelt. Die Preissteigerungen halten bekanntlich auch gegenwärtig noch an. Wo soll das noch hinführen?

Im Mansfelder Bergrevier ist ein großer Streik ausgebrochen. Das feste Bollwerk der Knappentreue, wie die Bergherren und ihre Trabanten dies Revier nannten, liegt in Trümmern, der reichstreue Rebel, der so lange und so dicht über dieser Landschaft lagerte, ist gänzlich verfliegen und Mansfeld liegt jetzt hell und klar vor uns im Lichte der Wahrheit. Ueber 8000 Mann dieser reichstreuen Arbeiter stehen im Kampfe. Was gilt nun hier die gepriesene Reichstreue, nachdem sie sich aufgerafft haben aus ihrer menschenunwürdigen traurigen Lage und berechtigte Forderungen erheben? Keinen Widerstand. Der Streik nimmt einen immer größeren Umfang an. Sogar Militär wurde in das Streitgebiet geschickt, um die Streikenden zu „beruhigen“ und ins alte Sklavenjoch zurückzutreiben.

Die Schnapsblöcker haben ihre Dittung bekommen. Bei den Wahlen, die in vergangener Woche stattgefunden haben, haben die Sozialdemokraten, die entschiedenen Feinde der neuen Steuern, glänzende Siege errungen. Im Wahlkreise Koburg ist zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt worden. In Baden haben 10 Sozialdemokraten im ersten Wahlgange gesiegt und 20 Sozialdemokraten sind an den 37 Stichwahlen beteiligt. Im Königreich Sachsen, wo das Pluralwahlrecht herrscht, das die reichen Leute ungenüher bevorzugt, rund 16 Sozialdemokraten auf den ersten Stieb gewählt, während vorher kein einziger im Landtage saß. Es finden noch 57 Stichwahlen statt, an denen 53 Sozialdemokraten beteiligt sind. Man sieht, das Volk ist es leid, mit seinen Interessen Schindluder spielen zu lassen.

Kellnerfachschulen. Das ist das neueste auf dem Gebiete der Ausbeutung derer, die nie alle werden. Seit mehreren Monaten sieht man in der Tagespresse Annoncen auftauchen, worin einem jeden, der sich der Mühe unterziehen will, vier bis sechs Wochen eine solche „Kellnerfachschule“ zu besuchen, Stellungen mit einem monatlichen Einkommen von 200 bis 400 Mk. versprochen werden. Aber schon während der „Lehrzeit“ werden den „Schülern“ angeblich Aushilfsarbeiten verschafft, bei denen täglich 8 bis 10 Mk. zu verdienen sind. Was Wunder, wenn diesen Kellnerfachschulen eine Menge Leute zufließen, die ihr letztes Geld darauf verwenden, um dann einen Lebensberuf ergreifen zu können, in welchem so glänzende Aussichten winken.

Solche Kellnerfachschulen bestehen bereits in Breslau, Berlin und Magdeburg. Marktschreierische Kellame mit Prospekten und Annoncen, getrieben, um immer neue Opfer heranzuziehen. Dazu gehören auch die „amtlich geprüften Dankschreiben“ von angeblich ehemaligen Schülern. Leute aus „allen Ständen und jeden Alters von 14 bis 40 Jahren“ werden angenommen und die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre hat in der Tat viele, die in dem bisherigen Berufe keine Arbeit mehr finden konnten, diesen famosen Fachschulen zugeführt.

Ein gewisser Weiler, der keinen Satz richtig Deutsch schreiben kann, was ihn aber nicht hindert, sich „Generaldirektor der ersten internationalen Gastwirtschaftlichen-Fachschule Europas“ zu nennen, hat schon mehrere solcher Schulen gegründet. Aufscheinend ein rentables Geschäft. Wie kürzlich in einem gegen den „Gastwirtschaftlichen“ geführten Prozesse festgestellt wurde, sind in diesen Schulen Fachlehrer angestellt worden, die auf ihre Befähigung als solche gar nicht geprüft, die über ihre Aufgaben gar nicht unterrichtet worden waren, die aber dem Herrn „Generaldirektor“ je 1000 Mark „Geschäftseinlage“ zahlen mußten, die sie dann sehr schwer oder gar nicht herausbekommen konnten. Den Schülern, denen man außer verschiedenen Nebenabgaben für den Kursus 90 bis 110 Mk. abnahm, verspricht man beim Eintritt glänzende Stellungen; gehalten werden diese Versprechungen nicht.

Es ist ein Übel, Leuten im vorgerückten Alter, die in ihren früheren Berufen vielleicht eine sehr schwere Arbeit zu leisten hatten, bei der vor allem große Körperkräfte nötig waren, in vier bis sechs Wochen einen Beruf anzulernen, der vor allem Fleißigkeit, Gewandtheit und Geschicklichkeit erfordert. Das ganze ist nur darauf angelegt, die Gelder der Schüler und der Lehrer zu erhalten. Es ist dringend zu warnen, auf derartige Institute hineinzufallen. Wer in späteren Jahren aus irgend einem Grunde seinen Beruf wechseln muß und im Gastwirtsberufe tätig sein will, der muß eben auch hier von vorn anfangen, zunächst also eine Stellung als Hausdiener oder dergl. annehmen. Er muß aber auch damit rechnen, daß er sich in puncto Verdienst und auch bezüglich der übrigen Arbeitsverhältnisse weit schlechter stellen wird, als in seinem früheren Berufe.

Zum Streik in der Zellulosewarenfabrik Gebr. Wolf in Nürnberg. Durch eine Notiz des „Vorwärts“ erhalten wir Nachricht von der Stellungnahme der Justizverwaltung Nürnberg den Streikenden gegenüber. Nach derselben werden ganze Wagenladungen Arbeiten im dortigen Zellulosewarenfabrik hergestellt. Da muß man fragen, kennt denn diese Behörde nicht die Gefahren, denen Zellulosearbeiter ausgesetzt sind, weiß die Behörde nichts von der großen Zahl Brände in Zellulosebetrieben? Von den Verlusten an Menschenleben? Und daß oft nur Rettung unter den schwierigsten Verhältnissen möglich war? Alles dieses scheint die Behörde nicht zu wissen;

denn wüßte sie es, so wäre es bodenlose Leichtfertigkeit, wenn man eingeschlossene Gefangene diesen Gefahren aussetzt. Da ist es am Platze, nochmals auf die Unglücksfälle in diesem Gewerbe aufmerksam zu machen.

Im folgenden nur eine kleine Liste von Bränden, die wir feststellen konnten, und die Verlustziffern:

Im Jahre 1899 in Leipzig bei Engelmann & Richter. Verlust: eine ganze Familie und 4 Tote. Im Jahre 1900 Brand in Berlin bei Döbelin: teils schwere, teils leichte Verletzungen. Im selben Jahre in Berlin bei Brauer & Zander: 50 Beschäftigte schwebten in Lebensgefahr; die Ausgänge waren durch Flammen versperrt. Die Rettung wurde durch den Fahrstuhlschacht ermöglicht. Dieser Brand entstand durch Entzündung von Zellulosestaub an einer elektrischen Glühbirne. Im Jahre 1902 in Berlin bei Döbelin: Das Fabrikgebäude brannte vollständig aus. Der Brand brach vor Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr früh aus. Feuerwehrleute wurden durch Stickschlämme verletzt. Im Jahre 1903 in Berlin bei Priester, Michaelstr. 10: Ein 15-jähriger Knabe tot, eine Reihe Mädchen körperlich geschädigt, davon zwei in Krankenhausbehandlung. Im Jahre 1904 in Nürnberg bei der befristeten Firma Wolf, 47 Drechsler waren beschäftigt; die Rettung gelang nur durch Fenster. Entzündet hatte sich beim Absteigen von Fahrradmaterial das Zellulosematerial, als es auf einen laufenden Zapfen gedrückt wurde. In Berlin, Greißwälderstraße, brannte ein Zelluloselager, wobei eine Anzahl Hausbewohner verletzt wurden. Im Jahre 1907 in Weiskopfsheim bei Straßburg im Elsaß das furchtbare Brandunglück, bei dem 22 meist jugendliche Burtschen und Mädchen ihr trauriges Ende fanden. Im Jahre 1908 in München bei Bensberger fanden hintereinander 4 Brände durch Selbstentzündung statt. 40 Arbeiter wurde das Feuer gedämpft; durch Hilfe von außen wurde ein Brand in der Zellulose-Nachstofffabrik, bei dem 3 Tote und 10 Verletzte gezählt wurden. Dann als furchtbarstes Unglück im Jahre 1908 in Wien bei Gebrüder Sailer. Verlust: 17 meist jugendliche Menschenleben. In diesem Brand schrieb am 11. Juni 1908 das Wiener „Nachblatt der Drechsler“ anlässlich der Besichtigung der Brandstelle durch den Minister des Innern Wienert: „17 verlorste, zumeist junge Menschenkindern lagen vor den Füßen seiner Excellenz dem Minister des Innern Wienert. In diesem Augenblick traten dem Minister wehmütvolle Tränen aus den Augen. Er sprach feierlich zu seiner lebenden Umgebung, daß nun angesichts der grausamen Todesopfer tadellos etwas gesehen müßte, wie es die österreichische Regierung schon versprochen hat.“ Diese Regierung hat das Wort des Ministers eingelöst, denn nach wenigen Wochen hat sie eine sehr zweckmäßige Verordnung erlassen.

Weitere Brände fanden statt in Dresden, Pforzheim, Raumburg, Grefeld u. a. m., in den meisten Orten wiederholt. Und fragt man nach den Ursachen, so wurde in Dresden und Leipzig je ein 16- bis 17-jähriger Burtsche wegen angeblicher Brandstiftung verurteilt. Auch im Wiener Fall soll ein 17-jähriger junger Mann das Unglück verschuldet haben, derselbe befand sich aber unter den Toten. So hat die Profitsucht der Unternehmer also eine Reihe Menschenleben auf dem Gewissen. Und da tritt in diesem Kampf die Regierung auf die Unternehmenseite! Da wird dieses feuergefährliche Material selbst in Strafanstalten zugelassen, um mit Hilfe Straflagener die Arbeiter niederzuknüppeln zu helfen.

Aufgabe der Arbeiterpresse muß es sein, dieses Vorgehen der Behörden niedriger zu hängen. Die politische wie gewerkschaftliche Presse wird um Abdruck gebeten. Die Zentralkommission für die Stoff- und Kamm-Industrie Deutschlands.

Baugewerbliches.

Bauarbeiter-Konferenz. Am Sonntag den 17. Oktober tagte in Magdeburg im Lokal von Kleine, Fachsenberg 9, die Bauarbeiter-Konferenz für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt. Anwesend waren 78 Delegierte aus 41 Orten, ferner der Sekretär der Bauarbeiter-Zentralkommission, Genosse Heintke (Hamburg) und einige Gäste.

Um 10^{1/4} Uhr wurde die Konferenz vom Vorsitzenden der hiesigen Bauarbeiter-Kommission mit begrüssen den Worten eröffnet. Zu Ehren des Andenkens des verstorbenen Genossen Efftige, der sich um die Bestrebungen des Arbeiterschutzes verdient gemacht hat, erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Ueber die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes referierte dann in ausführlicher Weise Genosse Heintke.

Zum 2. Punkt: „Wie fördern wir eine wirksame Agitation für den Bauarbeiterschutz?“ referiert Genosse Julius Koch (Nermerleben). Redner spricht zunächst sein Bedauern darüber aus, daß einzelne Städte in Sachsen-Anhalt keine Verbindung mit dem Zentralsekretär Heintke mehr haben und moniert, daß in einer weiteren Anzahl von Orten die lokalen Arbeiterschuttkommissionen wieder eingegangen sind. Schuld an dieser Dürftigkeit sei die ungerechtfertigte Furcht vor Maßregelungen und anderen Schikanierungen der Unternehmer. Bezeichnend sei, daß sogar aus einer Stadt wie Halle kein Material an den Zentralsekretär gelangt worden sei. Das gleiche müsse leider auch von den großen Orten in Anhalt gesagt werden. Die Konferenz müsse unter allen Umständen Maßnahmen treffen, um diesen Mangelzustand abzuhelfen. Redner geht dann dazu über, die lokalen Baupolizeiverordnungen und Verfügungen zu beleuchten. Es sei überaus wichtig, alle Polizeiverordnungen, die das Baugewerbe betreffen, dem Zentralsekretär zu übersenden. In einer Anzahl von Polizeiverordnungen sei nichts davon enthalten, was die preussische Regierung an Grundzügen für den Bauarbeiterschutz verlangt hat. In andern Städten hat man Abschwächungen an den Grundzügen vorgenommen. Das ist ein Beweis dafür, welchen Widerwillen die untern Behörden gegen die Arbeiterschutzbestimmungen haben. Auch die Magdeburger Bestimmungen über den Bauarbeiterschutz vom Jahre 1900 würden im Jahre 1909 noch lange nicht befolgt. Seit 1900 sind die in Betracht kommenden Bestimmungen dreimal geändert worden. Die Grundzüge der Regierung von 1907 haben selbst bei der letzten Änderung wenig Beachtung gefunden. Leider sei zu betonen, daß eine Umgehung dieser Bestimmungen sogar

bei staatlichen resp. städtischen Bauten wahrgenommen werden kann. Die Strafen, die ev. für Uebertretungen gezahlt werden müssen, sind so gering, daß sie als Abschreckung nicht angesehen werden können. Eine intensivere Tätigkeit seitens der baugewerblichen Arbeiter zur Ueberwachung der baugewerblichen Tätigkeit muß unter allen Umständen eintreten. Den bestehenden Kommissionen müsse neues Leben eingehaucht werden, und wo keine Kommissionen bestehen, müßten solche unverzüglich im Anschluß an die Konferenz errichtet werden. Ebenso wichtig wie Besprechungen über Lohnfragen sind solche über den Ausbau des Bauarbeiterschutzes. Dies sollten die Delegierten mit auf den Weg nehmen und in weitere Kreise der Bauarbeiter tragen.

In der abschließenden Debatte wurden von den einzelnen Rednern zum Teil örtliche Schmerzen vorgebracht, zum Teil praktische Vorschläge gemacht, wie der Ausbau des Arbeiterschutzes im Baugewerbe vorgenommen werden muß. Dem Vorschlag des Genossen Strunk (Magdeburg), sich an dem freiwilligen Samariterwesen zu beteiligen, um bei Unfällen sofort die erste Hilfe leisten zu können, wird allseitig zugestimmt. Nachstehende Resolutionen gelangen am Schluß der sachlich geführten Debatte zur einstimmigen Annahme:

1. Resolution zu Punkt 1:

„Die Delegierten der Bauarbeiterschutz-Konferenz für den Bezirk der Magdeburgischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, versammelt in der „Neuen Welt“ in Magdeburg am 17. Oktober 1909, halten die neu herausgegebenen Unfallverhütungsvorschriften in keiner Weise für genügend. Der sanitäre Arbeiterschutz findet überhaupt keine Anerkennung, die Ueberwachung der Bauten durch technische Beamte ist wenig bemerkt.“

Da die Zahl der Unfälle immer größer, die Nichtbefolgung der erlassenen Vorschriften immer krasser zutage tritt, müssen es die Versammelten ablehnen, in der Vereinsgenossenschaft den geeigneten Vertreter des Arbeiterschutzes zu erblicken.

Sie fordern vielmehr, daß das Staatsministerium den Bauarbeiterschutz durch Verordnung wie folgt landesgesetzlich regelt:

1. Es sind Normalvorschriften zu erlassen, in denen der Schutz gegen Unfälle und sonstige sanitäre Vorschriften bei Baubetrieben enthalten sind. Zur Ausführung dieser Vorschriften müssen Vertreter der Arbeiter gehört werden und ihre Vorschläge als Grundlage dienen.
2. Um die behördlichen Bestimmungen auf ihre Befolgung kontrollieren zu können, wird eine Zentral-Baugewerbe-Aufsichtsinstantz für Preußen geschaffen. Diese Instanz muß aus höheren, technisch gebildeten Beamten bestehen und hat alljährlich Bericht zu erstatten.
3. Die behördliche Aufsichtigung der Baubetriebe ist wie folgt zu gestalten: Es werden Baukontrollen mit den Befugnissen, die eine wirksame Tätigkeit für den Bauarbeiterschutz ermöglichen, angestellt. Die Baukontrollen müssen von den Arbeitern gewählt und dem Arbeiterstande entnommen werden.
4. Des weiteren fordert die Konferenz, in den Lehrplan der Fortbildungsschule die Fächer Gewerhygiene und Arbeiterschutz einzuführen.“

2. Resolution zu Punkt 1:

„In Erwägung, daß die vom Bundesrat auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften für das Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weibhinderergewerbe nicht geeignet sind, die Gefahren der Bleibergiftung zu vermindern, da die vom Verband der Maler und Lackierer usw. im Jahre 1907 im allgemeinen und die für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Anhalt in diesem Jahre im besonderen statgesehene Aufnahme ergeben hat, daß die vorgenannten Revisionen durch die Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden vollständig ungenügend sind und infolge der Vielseitigkeit der vielen kleinen Betriebe nicht ausreichend durchgeführt werden können, fordert die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Bauarbeiter-Konferenz ein reichsgesetzliches Verbot aller bleibhaltigen Farben und verlangt, daß die gewerbliche Bleibergiftung den Betriebsunfällen gleichzustellen ist.“

Ferner verlangt die Konferenz von den staatlichen und kommunalen Behörden, daß in ihren Betrieben bleibhaltige Farben nicht verwendet werden und fordert, daß bei der Vergabung der Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten den Privatunternehmern diese Forderung zur Bedingung gemacht wird, um die Beseitigung der verheerenden Bleierkrankungen fördern zu helfen.

Resolution zu Punkt 2:

„Die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Konferenz der das Gebiet der Magdeburgischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft umfassenden baugewerblichen Arbeiterschuttskommissionen beschließt:

In der Erwägung, daß der landesgesetzlich festgelegte Bauarbeiterschutz, trotz seiner geringfügigen Schutzbestimmungen gegenüber den Gefahren der Arbeit, aufs gröslichste mangelhaft ist;

in weiterer Erwägung, daß auch die Verfügungen der maßgebenden Ortsbehörden vom Unternehmertum ebenso mangelhaft werden, fordert die Konferenz die bestehenden baugewerblichen Arbeiterorganisationen auf, das Mittel der Selbsthilfe überall aufs nachdrücklichste zur Anwendung zu bringen.

Die Konferenz fordert daher, daß die Bauarbeiterschuttskommission analog den Beschlüssen des ersten und zweiten deutschen Bauarbeiterschutz-Kongresses überall, wo es noch nicht gegeben, unverzüglich eine lokale „Bauarbeiterschutz-Kommission“ einsetzt.

Den Lokalkommissionen macht es die Konferenz zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß

1. die von der Zentralkommission angeordneten statistischen Aufnahmen in ihrem Bezirk korrekt durchgeführt werden;
2. die seitens der Ortspolizeibehörden erlassenen Baupolizei-Verordnungen beschafft und, falls dieselben

Bestimmungen über Unterkunftsräume, Aborte, Gerüche usw. nicht enthalten, Maßnahmen ergriffen werden, die eine Verringerung der bezüglichen Bestimmungen in die Wege leiten;

B. auf jedem größeren Bauplatz seitens der dort beschäftigten Arbeiter Feststellungen über die Art und den Umfang der seitens der Aufsichtsbehörden vorgenommenen Baukontrollen gemacht werden. Das so gewonnene Material ist dann zusammenzustellen und in der Partei- und Gewerkschaftspressen gelegentlich einer Besprechung zu unterziehen;

4. die Organisationsleitungen ihre Mitglieder anhalten, der Kommission auf dem schnellsten Wege über etwaige Bauunfälle Bericht zu erstatten, um so derselben selbst die Möglichkeit zu bieten, sofort die Ursachen zu erforschen.

Ferner wird ein Antrag angenommen, den Bericht über die Verhandlungen der Konferenz in Broschürenform herauszugeben, der Preis der Broschüre soll 10 Pf. betragen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterkämpfe wurde die Konferenz gegen 7 Uhr abends geschlossen.

An die baugewerblichen Arbeiter Ost- und Westpreuzens! Die unterzeichnete Kommission erlaubt sich im Einverständnis mit den Vorgesetzten der baugewerblichen Organisationen eine

Bauarbeiter-Schutz-Konferenz

zu Sonntag den 7. November d. J., vormittags 11 Uhr, in Elbing im Vereinsgarten, Holzstraße, einzuberufen.

Tagesordnung:

- 1. Der Bauarbeiterschutz in Ost- und Westpreuzen, unter besonderer Berücksichtigung der Unglücksfälle in Elbing und Allenstein. Referent: Genosse Richard Wende-Danzig.
2. Unsere Forderungen betreffs Bauarbeiterschutz. Referent: Genosse Gustav Heine-Hamburg.
3. Die Agitation für den Bauarbeiterschutz. Referent: Genosse Julius Gehl-Danzig.
4. Allgemeines.

Werte Genossen! Die Mißstände im Baugewerbe und mit ihnen die Unglücksfälle, die viele Menschenleben schon gefordert haben, vermehren sich von Jahr zu Jahr, es muß nun unsere Aufgabe sein, diesen Mißständen ganz energisch entgegen zu arbeiten. Wir ersuchen Euch deshalb, daß alle Vereine recht zahlreich vertreten sind.

Die Kosten der Delegation trägt jede in Betracht kommende Gewerkschaft für sich und zwar aus den Lokalfonds.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission von Danzig.

J. A. Richard Wende.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Graz sind die Lackierwerkstätten Mühlner, Urschich und Neumann gesperrt.
Ungarn. Nach Kaposvárad (Groszwardein) ist Puzog ferngehalten. Die Franz Schloßmüllersche Leistenvergoldungsfabrik und die Metallwerkstätte Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Kroatien. In Agram ist die Werkstätte Braun gesperrt.

Schweiz. Gesperrt ist Winterthur.

Kollegen! Der Kampf in Schweden ist immer noch nicht zu Ende, nur die Taktik in demselben ist geändert. Unterstützt deshalb die kämpfenden Arbeitsbrüder auch weiterhin nach besten Kräften!

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend“. Die sechsen erschienene Nr. 19 hat u. a. folgenden Inhalt: Die politischen Parteien. — Eine Jugendorganisation vor einem halben Menschenalter. — Der Herr der Welt. Von G. Eckstein. — Im Zeitalter der Elektrizität. Von Mich. Woldt. — Die Leipziger Jugendschriften-Ausstellung. — Das Kesseltreiben gegen die Arbeiter-Turnvereine. — Ein neuer Anschlag gegen die Jugendvereine. — Aus der deutschen Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw. Beilage: Hans Jörg. Gedicht von Ernst Brezang. — Die Epith. Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach. — Von der Kunst des Zuhörens. Von Hulda Maurenbrecher. — Mein Onkel Sönke. Von Kersten Blum. — Die beiden Weizhölle. Gedicht von Heinrich Seidel.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Herausgegeben von M. S. Baerge und E. W. Trojan. Abonnement 1.25 M pro Quartal, einzelne Hefte 25 S. Es ist dies ein neues Unternehmen und die Mäzene der Herausgeber haben in Arbeiterkreisen einen guten Klang. Der Drang nach Erkenntnis des Weltens in Natur- und Geisteswelt kann in dieser Zeitschrift seine Erfüllung finden. Wir können unseren Lesern diese populär-wissenschaftliche Zeitschrift bestens empfehlen, sie erscheint im Verlag: „Neuland des Wissens“, Reichmann & Co., Leipzig, Bismarckstr. 4.

Arbeiter-Notizkalender. Dieser allgemein beliebte Taschenkalender für das Jahr 1910 ist zur Ausgabe gelangt. Jahr für Jahr erwirbt sich der Arbeiter-Notizkalender neue Freunde, was bei der Reichhaltigkeit des Inhalts auch nur selbstverständlich erscheint, und ist auch diesmal mit einer guten Aufnahme in den Kreisen der Parteigenossen zu rechnen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmenzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufsprüfung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspressen. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorkomitees der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Ausland. — Die deutschen Gewerbe-Inspektoren. — Kalenderdatum und Geschichtskalender. — Portotaxe. — Vielfältiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der

Kalender ein Nebelporträt, sowie die Porträts der in den Nachwahlen gewählten Genossen Binder, Huber und Schöpfkin. — Der Preis des Kalenders ist auf 50 Pf. herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, einem oft gekünderten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungsbedienten und Parteibuchhandlungen.

In Freien Stunden. Die uns vorliegenden Hefte 42 und 43 bringen die Fortsetzung von „Stefan vom Grillenhof“. Wer „In Freien Stunden“ kennen lernen will, verlange Gratiszusendung einer Probenummer vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. — Abonnements nehmen alle Parteibuchhandlungen, Speditoren und Kolporteurs entgegen.

Kommunale Praxis. In vier ausführlichen Artikeln hat diese Zeitschrift die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik behandelt und in denselben unseren Genossen eine große Anzahl wertvoller Winke für ihre Betätigung in den Gemeinden geliefert. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich 3 Mk. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen. Probenummern versendet umsonst der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 10 des 4. Jahrgangs, Oktober 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin. Erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin E. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Le Traducteur, Le Traduttore, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Leute, die schon außer der Schule stehen, finden in diesen Blättern Gelegenheit, ihre Kenntnisse der fremden Sprachen zu festigen und zu erweitern. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Fachliteratur.

Malerkalender für 1910. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Maler, Radierer, Ausreißer, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. 9. Jahrgang. Preis für Mitglieder 60 Pf., durch den Buchhandel bezogen 1.50 Mk. Unser Malerkalender 1910 bringt wie bisher reichhaltiges, bei der Agitation usw. gut verwendbares Material aus unserm Verbandsleben, das jedes Mitglied kennen muß. Aus dem technischen Teil dürfte das Interesse der Kollegen eine Abhandlung (mit Illustrationen) über die Entwicklung der Schrift erwecken. Eine Fülle von Material enthält außerdem der Kalender über die deutsche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und über die gewerkschaftliche Internationale. Auch der übrige Teil des Kalenders birgt recht viel Wissenswertes und wird bei verschiedenen Gelegenheiten den Kollegen im Laufe des Jahres ein guter und zuverlässiger Berater sein.

Die Fabrikation der Kopale, Terpentinöl- und Spirituslacks. Von Louis Edgar Andé, Lack- und Zinnfabrikant. Mit 1 Tafel und 86 Abbildungen. Dritte vollständig umgearbeitete und vermehrte Auflage. 88 Seiten Oktav; geb. 6 Kr. = 5.40 M.; geb. 6 Kr. 90 S. = 6.20 M.

Seit dem Erscheinen der letzten Auflage des vorliegenden Werkes ist eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit verstrichen, die aber von einschneidendem Einflusse in der Lackfabrikation war, nicht dadurch, daß etwa umwälzende Erfindungen gemacht, neue Rohstoffe der Industrie in ausgiebigem Maße dienstbar gemacht wurden, sondern darum wichtig, weil gewisse Materialien, die man vordem als minderwertig angesehen hat, ja vor deren Verwendung der gewissenhafte Fabrikant zurückgeschreckte, den geänderten Verhältnissen Rechnung tragend, ausgedehnte Verwendung erfahren haben. Wohl hat hierzu ein neu hinzugekommener Rohstoff mit Anlaß gegeben, aber nicht dieser allein, sondern in allererster Linie die Forderung der Verbraucher nach billigen Produkten und die vermehrte Konkurrenz der Fabrikanten, die billige Preise bzw. Angebote zeitigte.

Die Grundprinzipien der Lackfabrikation sind dieselben geblieben, man hat noch nicht das einwandfreie Verfahren gefunden, fette Lacke ohne destruktive Schmelzung der Kopale herzustellen und was an neuen Verfahren darauf abzielte, erwies sich in der Praxis nicht mit Sicherheit vermerktbar. Tatsächlich als neu ist auch die ausgiebige Anwendung von Kolophonium und Holzöl zu guten widerstandsfähigen Lacken zu bezeichnen, ebenso die Verwendung von Terpentinölzsmitteln und die Vorbereitung der trocknenden Öle durch Harz- und ölaurer Verbindungen. Neben diesen Fortschritten (wenn man dieses Wort anwenden kann) bestehen die alten Verfahren des Schmelzens von Kopalen, allerdings mit Zusatz wesentlich größerer Mengen trocknenden Öles, noch immer voll und ganz zu Recht und werden es wohl auch immer bleiben.

Das Werk behandelt eingehend nach Erläuterung des Begriffes Lacke, sowie einigen Daten über die Geschichte, Anwendung und Verwendung der Lacke, zunächst die Prüfungsverfahren, dann die Rohmaterialien, ihre Auswahl, Zubereitung und endlich in ganz ausführlicher Weise die Prinzipien der Fabrikation nach verschiedenen Methoden, das Schmelzen der Kopale und des Bernsteins. An diese noch in keinem Buche niedergelegten Auseinandersetzungen reißen sich die Vorschriften für die Darstellung der fetten Kopallacke und der Terpentinöllacke, der Spirituslacke, der Zelluloid- und Seifenlacke, Mattlacke, Bronzeinkturen usw. Der reiche Inhalt dieses empfehlenswerten Buches bietet den Interessenten eine Fülle von Neuheiten und läßt erwarten, daß sich dasselbe auf neue Freunde erwerben wird.

Die Ausstellung benannter Wohnräume München 1909 in Bild und Wort. Die Zentralkommission des Süddeutschen Maler- und Tünchermeister-Verbandes bringt mit Eube d. M. ein Werk zur Veröffentlichung, das die Münchener Ausstellung in Bild und Wort wiedergibt. Das Werk umfaßt 12 Tafeln farbige Raumstimmungen, 24 farbige Detailblätter und 14 Schwarzdrucktafeln. Außerdem ist dem Werke ein erläuternder Text beigegeben, der die sämtlichen in dieser Ausstellung angewandten Techniken schildert. Der Preis des Werkes ist M. 25.— und für organisierte Malermeister in Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Schweden und Dänemark M. 15.—. Das Werk kann durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München,

Schellingstr. 109 I., bezogen werden. Da die Auflage des Werkes eine beschränkte ist, so empfiehlt es sich, dasselbe rechtzeitig zu bestellen. Unsere Mitglieder, denen wir das Werk zur Anschaffung bestens empfehlen können, erinnern wir an die Beilage in Nr. 38 des „V.-A.“

Sterbetafel.

Bremen. Am Montag den 18. Oktober verstarb unser Kollege Adam Küfner aus Michelstreuß an der Lungen- und Nierenkrankheit.

Danzig. Durch einen Unglücksfall verschied am 18. Oktober unser Kollege Max Weichbrodt im Alter von 40 Jahren.

Dresden. Am 16. Oktober verschied unser Kollege Franz Brabec im Alter von 28 Jahren an der Lungen- und Nierenkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Mit der heutigen Nummer des Vereins-Anzeigers wird das Material für Reiseunterstützung mitgesandt, welches den Auszahlern der Reiseunterstützung auszuhandigen ist. Desgleichen liegen der Zeitungsredaktion die Abrechnungsformulare über die Extramarken bei. Die Kalkulatorien haben die Abrechnung sofort nach dem 1. Novbr. aufzustellen und spätestens bis 10. Novbr. nebst den vorhandenen Extramarken und Vermerkarten an die Hauptkasse einzusenden.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Rudolf, Joh., Buchn. 56976, bez. bis 9. Woche 09 (Saarbrücken); Petri, Wilh., Buchn. 62161, bez. bis 32. Woche 09 (Mannheim); Niesel, Rich., Buchn. 61883, bez. bis 34. Woche 09 (Gera); Henning, G., Buchn. 59263, bez. bis 41. Woche 09 (Hamburg).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 19. bis 25. Oktober.

Eingekammt wurde für die Hauptkasse: Cottbus M. 150, Reichenbach 163.85, Coblenz 76, Pabze 19, Neugersdorf 37.55, Kolmar 160.95, Kiel 12.40, Wesel 9.45, Gera 23.15.

Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen statt Necklinghausen 185.05; Marburg 185.05.

Material wurde versandt:

- B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. P. = Protokolle. E. = Extramarken. A. = Kalender. M.-M. = Marken-Mappen. D. = Duplikats-Marken. Br. = Broschüren. V.-A.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. F. = Futterale.
Nachen 4000 B. a 25 S., 30 C.; Nischen 1000 B. a 25 S.; Berlin 700 B. a 25 S.; Bielefeld 25 B. a 25 S.; Brandenburg 3200 B. a 20 S.; Braunschweig 120 B. a 20 S.; Chemnitz 200 B. a 20 S.; Dessau 10 B. a 20 S.; Emden 3 B. a 20 S.; Finsterwalde 12 B. a 20 S.; Frankfurt a. O. 800 B. a 20 S.; G. a 20 S., 20 C.; Göttingen 1 M.-M. 2000 B. a 25 S.; Gagen 30 B. a 20 S.; Hamm 800 B. a 20 S., 2 M.-M.; Herne 25 C.; Hildesheim 1600 B. a 20 S., 10 C.; Jülich 15 B. a 20 S.; Kaiserslautern 1200 B. a 25 S.; Luckenwalde 20 C.; Lissa 100 B. a 20 S., 10 C.; Lüneburg 700 B. a 20 S.; Meerane 1600 B. a 20 S.; Neumünster 200 B. a 20 S., 800 B. a 25 S., Nordhausen 1000 B. a 55 S., 1200 B. a 20 S.; Plauen 1200 B. a 25 S., 30 C.; Rosen 400 B. a 20 S., 1200 B. a 20 S., 20 C.; Potsdam 2000 B. a 20 S., 100 C.; Regensburg 200 B. a 20 S.; Recklinghausen 100 B. a 20 S.; Regensburg 400 B. a 20 S., 1200 B. a 25 S.; Rostock 40 B. a 20 S.; Saarbrücken 75 B. a 20 S.; Siegen 800 B. a 25 S., 30 C.; Singen 200 B. a 50 S., 10 C.; Spandau 800 B. a 20 S., 800 B. a 20 S., 20 C.; Speyer 1 M.-M.; Stettin 40 B. a 20 S.; Wittenberge 200 B. a 55 S., 10 C.

Vom 6. September bis 2. Oktober gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Nachen M. 12.50, Altenburg 1.70, Augsburg 77.95, Bamberg 4.20, Bernburg 18.85, Berlin 719.95, Bielefeld 37.95, Bochum 23.20, Brandenburg 43.65, Braunschweig 48.25, Bremen 139.80, Bremerhaven 10.75, Breslau 218.15, Cassel 133.25, Chemnitz 156.25, Colmar 36.—, Cöln 158.45, Cöslin 48.80, Cottbus 7.20, Crefeld 89.20, Danzig 56.95, Darmstadt 478.35, Dessau 9.90, Dortmund 48.90, Dresden 638.60, Ebern 28.60, Düsseldorf 93.50, Eberswalde 18.—, Eisenach 6.60, Eberfeld 156.15, Emden 12.50, Erfurt 75.40, Etzweige 16.25, Effen 99.50, Flensburg 28.20, Forst 7.65, Frankfurt a. M. 865.—, Frankfurt a. O. 2.80, Freiburg 8.50, Friedberg 50.45, Fürstentum 5.25, Gera 24.60, Gießen 13.50, Glauchau 34.85, Götting 46.25, Gotha 228.65, Göttingen 82.25, Graudenz 10.80, Greifswald 4.55, Grünberg 7.80, Guben 9.10, Hagen 7.50, Halle 57.20, Hamburg 414.25, Hannover 188.25, Heilberg 27.95, Heilbrunn 4.50, Herford 11.90, Hildesheim 3.20, Hirschberg 12.60, Kaiserslautern 14.85, Karlsruhe 24.50, Kattowitz 77.15, Kiel 331.80, Königsberg 11.80, Kulmbach 3.25, Leipzig 362.95, Liegnitz 7.80, Lübeck 13.10, Magdeburg 91.30, Mainz 242.30, Mannheim 123.65, Marburg 60.75, Meerane 90.80, München 286.95, Münster 22.35, Naumburg 3.—, Neugersdorf 2.85, Neustadt 3.75, Nordhausen 29.90, Nowawes 24.30, Nürnberg 434.55, Opatowitz 13.60, Oranienburg 11.75, Passau 6.90, Pforzheim 26.10, Plauen 15.45, Potsdam 45.80, Posen 45.45, Prenzlau 12.50, Regensburg 28.30, Reichenhall 1.80, Rostock 19.—, Stettin 4.55, Stralsund 49.95, Stuttgart 112.—, Weimar 27.80, Wiesbaden 185.30, Wilhelmshaven 3.90, Würzburg 90.35, Zwickau 3.—; Summa M. 8793.95.

An Sterbescheinen: Nachen M. 10.—, Bayreuth 15.—, Berlin 165.—, Brandenburg 10.—, Breslau 30.—, Cassel 50.—, Chemnitz 30.—, Colmar 55.—, Cöln 20.—, Cottbus 10.—, Crefeld 10.—, Danzig 20.—, Darmstadt 30.—, Dessau 10.—, Dortmund 10.—, Dresden 315.—, Eisenach 25.—, Eberfeld 15.—, Erfurt 10.—, Frankfurt a. M. 140.—, Frankfurt a. O. 10.—, Gera 10.—, Gießen 10.—, Gotha 20.—, Graudenz 10.—, Guben 10.—, Halle 10.—, Hamburg 110.—, Hannover 50.—, Jena 10.—, Kaiserslautern 10.—, Karlsruhe 10.—, Kiel 55.—, Leipzig 20.—, Mannheim 70.—, München 15.—, Münster 45.—, Nowawes 25.—, Nürnberg 30.—, Oberstein 35.—, Pforzheim 10.—, Plauen 10.—, Posen 115.—, Potsdam 10.—, Stettin 55.—, Stuttgart 50.—, Waldenburg 10.—, Weida 10.—, Weimar 10.—, Würzburg 20.—; in Summa M. 1815.—.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands
(Eingetragene Stiftung Nr. 71.)
Bericht des Hauptkassierers vom 17. bis 23. Oktober 1909.
Ueberschüsse wurden von den örtlichen Verwaltungen eingekandt von Schiller-Charlottenburg M 400; Meyer-Vergeborf 100; Müller-Bochum 100; Stute-Herford 100; Rohlf-Altona a. Elbe 200; Appel-Grefeld 60; Stürmer-

Schweinfurt 50; Arnberg-Dortmund 100; Krapp-Damberg 100; Fischer-Walzenburg i. Schl. 74; Grüner-Leipzig 200; Freitag-Wilmersdorf 100.
Zuschuß wurde abgeandt für die örtliche Verwaltung in Schwerin i. M. an Nachow M 75.—.
Krankengelder erhielten Buchn. 24 864, R. Langer in Breslau, M 15.75; Buchn. 5477, R. Ernst in Crumbach bei Cassel, 13.50; Buchn. 5500, W. Wolde in Cassel, 13.50; Buchn. 19 741, W. Möbius in Wallerstein in Bayern,

13.50; Buchn. 26 307, W. Hartmann in Göttrichen in Waden, 15.75; Buchn. 15 934, D. Brink in Neustadtgedens, 13.50; Buchn. 5525, S. Grabow in Cassel, 13.50; Buchn. 28 557, M. Tharann in Saarbrücken, 13.50; Buchn. 84 752, G. Kromow in Velden i. Markt, 13.50; Buchn. 5552, S. Schwarz in Cassel, 9.—; Buchn. 28 724, G. Bsch in Gr. Bohrau die Fort i. Laufh, 27.—; Buchn. 28 010, G. Artl in Breslau, 13.50.
S. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.
Wo das ehemalige Verbandsmitglied **Walter Hagedorn** (B.-Nr. 130 590) auftauchen sollte, nehme man sich vor ihm in acht. Adresse sofort der Filiale Hannover mitteilen. (M 1.20)
Wer über den Aufenthalt des Kollegen **Joseph Baum** geb. 23. Septbr 1879 in Vorfelaar, Belgien (B.-Nr. 60 492), Mitteilung machen kann, wird gebeten, dies der Filiale Grefeld, C. Appel, Vereinsstr., zu übermitteln. (M 1.40)
Die Beleidigung gegen den Maler Paul Tesch nehme ich als unwahr mit Bedauern zurück. (M 0.60) M. Lautzsch.

Malerkalender

für 1910

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. — 9. Jahrgang.
Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Parteibezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialverwaltungen das Stück zu 55 Pfennig verrechnet, sodas 5 Pfennig für Polportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung. Jeder Einzelbestellung sind 10 Pfennig für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind direkt an den Vorstand zu richten.
Das Bureau befindet sich vom 1. November ab im Volkshaus, Fingerringstraße, Eingang: Wallstr. 10, I. (M 1.20) Die Filialverwaltung.

Hammerschlag's Maler-Mäntel
nur eigenes Fabrikat, erprobt Qualitäten, bequemer Sitz, m. schräg. Taschen, Pinselhalter und Umlegkragen sind die besten!
III. Qualität Mk. 2,50
II. " " 2,75
I. " " 3.—
Nessel-Hosen u. Jacken per Stück Mk. 2.—
Drell-Hosen u. Jacken p. St. Mk. 2,50 u. 3.—
Als Mass erbitte Rückenbreite eines Jackets, Kittellänge oder Militärgröße
Versand gegen Nachnahme.
Berufskleidungsabrik Julius Hammerschlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 36

Arbeiter gesucht!
Wer schnitzt, brennt, laubfägt, modelliert, malt usw., sende seine Adresse mit Stückporto an **K. Johnson**, Alneburg, Gartenstr. 1a.
Mustreicher
mit allen Arbeiten durchaus vertraut, kann sich mit 5-10 000 Mark an gutem Fabrikgeschäft beteiligen. Fr. Off. unter C. 295 an d. „Invaliddendank“, Köln.

Billig und praktisch ist unstrittig das Werk zum Selbstunterricht:
„Neue Holz- und Marmormalereien“
Serie I: Neue Holzmalereien Mk. 18.— // Beide Werke
Serie II: Neue Marmormalereien „ 15.— // Mk. 32.—
Porenrollen per Paar (1 und 2 1/2 Zoll breit) Mk. 6.—, einzelne (3 Zoll breit) Mk. 4.50.
Sämtliche Pinsel für die Holz- und Marmormalerei.
Schule für Holz- und Marmormalerei und moderne Techniken von Fr. Weierhausen & Co., Hamburg 5
Lindenstrasse 19. Man verlange Prospekte!

I. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und Marmormalerei
Carl Reichenberg, Remscheid-Hastan (Rheinl.)
Inhaber vieler Ehrendiplome, Medaillen und I. Preise. 5 Schüler erhielten 1909 wieder höchste Auszeichnungen, Ehrendiplome, Staatspreise etc. zuerkannt.
Illustrierter Prospekt frei. — Erfolg garantiert.
50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—
Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.
Ph. Brühl, Heffen i. Westf.

Plakatausstatt, Schilder- und Möbelfestlatterei in Berlin W. wegen Abreise für 250 M zu verkaufen. Anfragen unter Biffer 4 an Postamt 15, Berlin W.

Warum nur 1 Monat Unterricht?
Vergleichen Sie Seite 344 in Nr. 43 dieses Blattes oder verlangen Sie hierüber nähere Auskunft u. Prospekte gratis u. franko von **Fr. Schott**, Schwerin i. M. 5.

Malerschule Hameln a. d. Weser
Fischbeckerstraße 46
Staatlich genehmigt.
Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung, Porträte. Es wirken verschiedene erste Speziallehrkräfte in getrennten Lehrsälen.
Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

Deutsche Fachschule für Holz- u. Marmormalerei
F. Leisten Duisburg Telefon
Vom 1. Oktober bis 1. April Tages- und Abendkurse.
Einfachste und sicherste Technik.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage der „Süddeutsche Postillon“
Humoristisch-satirisches Witzblatt.
Groß 4° 8 seitig, reich und originell illustriert, schwarz und in prächtigen Farbendruck.
Preis pro Nummer 10 Wg.

Malerschule
für Holz- und Marmor-Imitation von A. Pritschau, Gammelnburg (Bayern.)
Gründliche in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurzus vom 15. November 1909 bis 1. März 1910.
Prospekt gratis.
Malerschule Wilh. Schütze HAMBURG
Bei dem Strohhause 12. Prospekt gratis.
Akt Zeichnen und Malen nach männl. und weibl. Modellen, 3 Abende wöchentlich, von 7-9 Uhr Mk. 2.—, Sonnt. von 9-1 Uhr Mk. 1.—.
Eintritt jederzeit.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
Prospekt über das rühmlichst bekannte **Mahlers Fondin** Mahler & Co., Bamberg II. versendet gratis und franko

Maler-Mäntel und -Hosen
fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Umlege- und Stehkragen, schrägen und gleichen Taschen
Die Berufskleidung-Spezialfabrik von Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.
NB. Der Versand geschieht portofrei nach allen Orten. Verlangen Sie Preisliste frei u. us.

Detmolder Malerschule
Dekoration, Holz und Marmor etc.
:: Jüngste Auszeichnung 1908 ::
Staatsmedaille
Photographien bisheriger Arbeiten franko gegen franko.

Erstkl. Kölner Fachschule
für Holz- und Marmormalerei, Stoff-imitation und moderne Techniken
von **Georg Haaf**, Köln, Aachenerstraße 49.
Prämiiert: Köln 1905, Malertag Itzehoe 1908 für 8 Schülerarbeiten, Malertag Braudenz 1908 für hervorragende Leistungen, Malertag Gera 1909 für 11 Schülerarbeiten.
Schule der mod. Richtung. Keine Zeitverschwendung. Leistungsfähigste Schule am Platze.
Beginn 1. November. Illustrierter Prospekt gratis. Eintritt jederzeit.

Maler-Mäntel,
beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.
110 120 130 140 cm lang
jeht 2.75 2.90 3.10 3.25 M
Hosen aus Nesselstoff 2.— M, Mägen 40 S, Drell-Hosen und Jacken à 2.80 M, Extra-Größen 3.— M. II. Qualität 25 % billiger.
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.
D. Wurzel & Co., Berlin, Brüdenstraße 13, I.

Malunterricht
für Holz, Marmor, Ornament, Blumen und Landschaft.
Erste Lehrkräfte. Honorar billigt.
W. Draheim, Berlin-Niedorf, Schönstedtstr. 14. Tel. 9463.
Abendunterricht in Holz- und Marmor-Malerei
Dienstags und Freitags 7-10 Uhr, Sonntags morgens 8-12 Uhr, monatlich Mark 10.—.
Gründliche praktische Ausbildung.
Günstigste Verbindungen mit Strassen- u. Vorortsbahn
H. Muhs, Altona, Aisenplatz 1, II.

In unserm Verlage erschien:
Illustrierter Maler-Kalender für 1910.
Taschenbuch für Dekorationsmaler, Lackierer, Anstreicher und verwandte Gewerbe.
Elegant in Leinen gebunden. — Mit **30.** Jahrgang — Bearbeitet von F. Wenzel, Redakteur der „Maler Zeitung“, Leipzig. — einem Anhang Mk. 2,50.
Wegen seines reichen Inhaltes und seiner vielen Tabellen ist der Kalender in allen Malerkreisen gern gesehen.
Verlag von **Jüstel & Göttel, Leipzig, Emilienstrasse 21.**

Lager in prima Pinseln,
Plafondbürsten, Leitern, Farbflößen, Lacken, Farben, Schablonen und Pausenpapier.
Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billigster Berechnung.
P. Steel, Nürnberg, Obere Brühlstr. 18.

Achtung Maler! Kursus in der **Glasschildermalerei** ert. B. Kohnert, Hamburg, Eiffestr. 37, II, Glanzgold, Mattgold, Silber, sow. körnig Aetzen.
Erfolg unter Garantie.
Eine ausführliche Broschüre über die **Glasschildermalerei** ist zum Preise von Mk. 3.— vom Verfasser zu beziehen.
Viele Anerkennungsschreiben.

Malerichule zu Bremerhaven
von **C. H. Dreier** Grabenstraße Nr. 22
Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

Holz- und Marmorschule
von **E. Christen, Hamburg, Wandsstr. 67, H. 2 III.**
Prospekt gratis!

Wollen Sie sich in der **Holz- und Marmormalerei** gründlich ausbilden, so besuchen Sie die Fachschule von **Mathias Nabben, Düsseldorf, Ankerstraße Nr. 118.**
Prämiiert mit den höchsten Auszeichnungen.
Prospekt gratis.

Restaurant „Klosterschenke“
Dresden-Alstadt, Ecke Viktoria- u. Seifen-Verkehrsweg der Maler, Lackierer, Anstreicher. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Bahlabend. Bahnhalle der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittags- und Abendtisch bei billigen Preisen. ff. Biere.
August Heinrich.
Der heutigen Nummer liegt die Nr. 43 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.
Für die Redaktion verantwortlich **M. Mart** Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.
Verlag von **S. Wenker, Hamburg 22.**
Druck von **Friedrich Meyer, Hamburg 23.**